

2 Theorie

Im folgenden Kapitel soll ein Modell entwickelt werden, welches explizit den Einfluss des kulturellen Kontexts auf die Art und Weise berücksichtigt, wie Bürgerinnen und Bürger über außen- und sicherheitspolitische Fragen nachdenken. Im Mittelpunkt steht dabei der kulturell geprägte und über politische Eliten vermittelte Einfluss von Grundüberzeugungen auf Einstellungen zu spezifischen Sachfragen. Welche Folgerungen nämlich im Einzelfall aus grundsätzlich allgemeinen Grundhaltungen abgeleitet werden, hängt von deren jeweiligen landesspezifischen Inhalten ab. Zwar lässt die Verankerung der Grundorientierungen in universellen Wertvorstellungen zahlreiche Gemeinsamkeiten auch über Kontexte hinweg erwarten. Doch sollten infolge je eigener nationaler Erfahrungen in der Außen- und Sicherheitspolitik die drei maßgeblichen bereichsspezifischen Grundüberzeugungen in jedem Land auch idiosynkratische Bestandteile aufweisen. In Abhängigkeit des Gegenstandsbereichs kommen diese mehr oder minder stark zur Geltung und legen unterschiedliche Schlüsse aus in ihrem Kern vergleichbaren Orientierungen nahe.

Der erste Abschnitt beschäftigt sich daher mit der Bedeutung von Grundüberzeugungen bei der Einstellungsgenerierung. Hierbei wird auf die Stellung von Grundüberzeugungen in hierarchischen Einstellungssystemen sowie ihre Rolle im politischen Diskurs eingegangen, bevor sie in den derzeit gängigen Modellen der politischen Einstellungsbildung verortet werden. Im darauffolgenden Abschnitt liegt der Fokus auf außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen. Dazu werden vertikale und horizontale Strukturierungsansätze miteinander verglichen und die wesentlichen und gemeinhin kontextunabhängig geteilten Bestandteile der drei Grundüberzeugungen Multilateralismus, Militarismus und Internationalismus herausgearbeitet. Im dritten Abschnitt folgt eine Gegenüberstellung der außenpolitischen Kulturen Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens, um im vierten Abschnitt Erwartungen zu Gemeinsamkeiten und Unterschieden der drei Grundorientierungen formulieren zu können. Zu diesem Zweck werden die Befunde aus den drei vorangegangenen Abschnitten in einem Modell der außen- und sicherheitspolitischen Einstellungsbildung unter Berücksichtigung kultureller Kontextunterschiede integriert, um zu Hypothesen zur Struktur und Wirkung der drei Grundüberzeugungen in Abhängigkeit der strategischen Kulturen und deren Interpretation durch parteipolitische Eliten zu gelangen.

Abschließend werden die vier Abschnitte noch einmal kurz zusammengefasst und die wesentlichen Implikationen des Kapitels für die weitere Arbeit diskutiert.

2.1 Grundüberzeugungen und Einstellungsbildung

Was die Fähigkeit angeht, sich einen Reim auf komplexe politische Sachverhalte zu machen, so genossen einfache Bürgerinnen und Bürger lange Zeit einen eher zweifelhaften Ruf. Nicht nur ist ihr politisches Wissen und Interesse ausgesprochen niedrig (Delli Carpini/Keeter 1996). Sie scheinen auch nur über eine ausgesprochen kurze politische Aufmerksamkeitsspanne zu verfügen und sich bei der Wahl der für sie wichtigen Themen von Stimmungen statt von nüchternen Erwägungen leiten zu lassen (Almond 1950). Die scheinbar jeglicher Form einer sinnvollen Strukturierung entbehrenden Einstellungen bei einem Großteil der Bevölkerung können daher kaum verwundern (Converse 1964). Gerade im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik wurde Regierenden daher nahegelegt, dass sie die öffentliche Meinung nicht nur nicht zu berücksichtigen bräuchten, sondern dass sie dies angesichts deren Unbeständigkeit und Neigung, erst zu spät und dann aber zu heftig zu reagieren, auch tunlichst unterlassen sollten (Lippmann 1922).

Wie Arbeiten in der Folgezeit jedoch zeigten, greift die Charakterisierung der Bürgerinnen und Bürger als außenpolitisch weitgehend unbedarft zu kurz. Interesse und Wissen der meisten Bürgerinnen und Bürger sind zwar in der Tat als eher dürftig zu kennzeichnen. Doch erwiesen sich vermeintliche Stimmungsschwankungen als durchaus vernünftige Hinwendung zum jeweils drängendsten Problem (Caspary 1970), und auch der mangelnde Einfluss der Liberal-Konservativ-Dimension, die lange Zeit als ausschlaggebend für die Strukturierung von Einstellungen vorausgesetzt wurde (Converse 1964), ist kein Beleg für das Fehlen von Kohärenz (vgl. Kinder 1983). Denn statt ideologischer Erwägungen ließen sich Grundüberzeugungen (*core values* oder *core principles*) als umfassende grundsätzliche Vorstellungen zur Gestaltung staatlichen Handelns identifizieren, die dadurch dem Geflecht aus Einstellungen zu spezifischen Sachfragen Struktur und Kohärenz verleihen (z.B. Hurwitz/Peffley 1987; Feldman 1988).

Grundüberzeugungen kommt in Einstellungssystemen eine fundamentale Bedeutung zu, fungieren sie doch "as a sort of glue to bind together many more specific attitudes and beliefs" (Converse 1964, 211). Grundüberzeugungen liegen an der Schnittstelle zwischen universellen Werten und spezifischen Einstellungen (Hurwitz/Peffley 1987). Sie sind weniger abstrakt als universelle Wertvorstellungen, da sich ihr Wirkungsbereich auf bestimmte abgrenzbare Politikbereiche

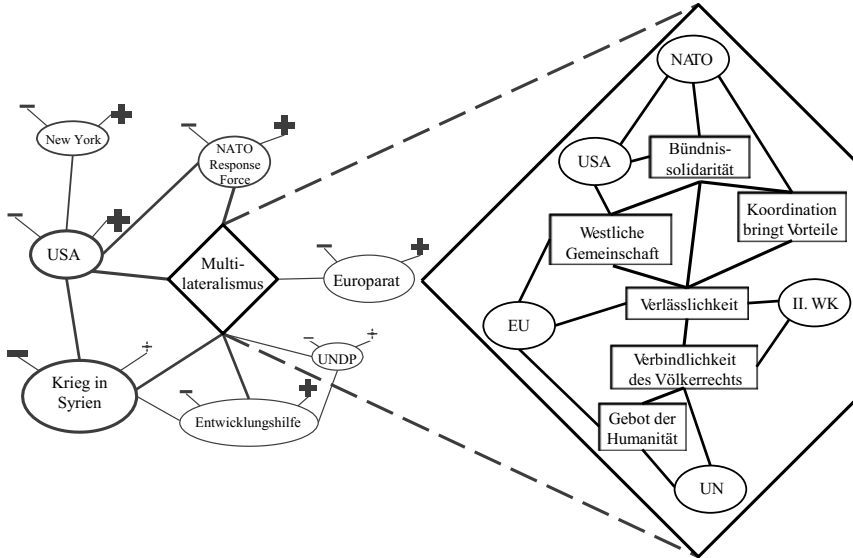
wie beispielsweise die Wirtschafts- und Sozialpolitik oder eben die Außen- und Sicherheitspolitik beschränkt. Durch diese Fokussierung auf einen bestimmten Gegenstandsbereich können Grundhaltungen die Einstellungsbildung überhaupt erst sinnvoll leiten – auch unter politisch wenig Involvierten (Hurwitz/Peffley 1987; Goren 2001, 161; Sniderman/Bullock 2004, 341; Schwartz et al. 2010, 428). Gleichzeitig weisen sie einen höheren Abstraktionsgrad auf als spezifische Einstellungen, weshalb sie in einer Vielzahl an Situationen Orientierung bieten können (vgl. Kinder 1998, 808; Goren 2013, 123). Grundüberzeugungen nehmen damit eine zentrale Position in Einstellungssystemen ein, indem sie spezifische Einstellungen entscheidend prägen und Kohärenz zwischen diesen herstellen (Converse 1964, 211; Kinder 1983, 406). Da sie zudem elementarer Bestandteil des politischen Diskurses sind, stellt sich der Rückgriff auf Grundorientierungen auch für gering Interessierte als wenig voraussetzungsreich dar (Feldman 1988, 418). Ihrer Abstraktheit und ihrer Zentralität gemäß und bedingt durch ihre Ableitung aus universellen Wertvorstellungen erweisen sich Grundhaltungen zudem als sehr stabil und tragen so zu einer gewissen Konstanz von Bevölkerungshaltungen über die Zeit bei (Feldman 1988, 424; Hurwitz/Peffley 1990; Peffley/Hurwitz 1993; Rattinger 1996; Goren 2013, 113).

Aber auch spezifische Einstellungen lassen sich nach ihrer Stabilität und Zentralität unterscheiden. Manche Einstellungsobjekte sind dauerhaft Gegenstand des politischen Diskurses. Mit der Zeit werden sie daher auch mit symbolischer Bedeutung aufgeladen (vgl. Hurwitz/Peffley 1987, 1106). Beispielsweise kann die deutsche Mitgliedschaft in der NATO so eng mit abstrakten multilateralen Grundüberzeugungen verwoben sein, dass sich eine strikte Trennung kaum aufrechterhalten lässt (Rattinger et al. 2016, 130; Mader 2017, 63). Grundorientierungen werden daher am besten verstanden als schematische Repräsentationen politikfeldbezogener Wertvorstellungen (z.B. Conover/Feldman 1984a; Lodge et al. 1991) – als engmaschige Netze aus sehr grundsätzlichen, eher abstrakten Aussagen zur Gestaltung eines Politikbereichs, welche an ihren Rändern mit wichtigen Symbolen, Musterbeispielen und kollektiven Erfahrungen verknüpft sind und denen so erst Leben eingehaucht wird (vgl. Hamill et al. 1985, 852; Feldman 2003, 491).⁷ Dabei können auch einschneidende Ereignisse der jünge-

7 Im politischen Diskurs, der nicht nur von Feldman (1988) als zentral für die Übernahme und Nutzung von Grundüberzeugungen bei der Einstellungsbildung angesehen wird, dürften Grundorientierungen auch nicht bar jeder Konkretisierung in Form von Beispielen, Analogien oder eben Symbolen kommuniziert werden. Unter Symbolen werden dabei im Unterschied zu anderen Bereichen der sozialpsychologischen Literatur nicht grundsätzliche, insbesondere gruppenbezogene Einstellungen verstanden, die bereits in frühen Sozialisationsphasen angeeignet wurden und die Haltungen von Bürgerinnen und Bürgern nachhaltig prägen (vgl. Sears et al. 1979, 548; Sears et al. 1980; Krosnick 1991) und die in Gegensatz zu rationalen, nutzenmaximierenden Erwägungen stehen (vgl. Huddy 2003, 529). Stattdessen stehen sie lediglich für eine eher mittlere Aus-

ren Geschichte, wie etwa der Vietnamkrieg in den 1980er Jahren oder der Dritte Golfkrieg, in Form bedeutsamer Lehren zu einem elementaren Bestandteil einzelner Grundüberzeugungen werden (siehe Holsti/Rosenau 1984, 114-117; Kertzer/Powers 2014).

Abbildung 3: Schematische Darstellung einer Grundüberzeugung



Beispielhaft dargestellt wird diese Sichtweise in Abbildung 3 (vgl. Lodge et al. 1991, 1360; Kim et al. 2010). Multilateralismus als Grundüberzeugung (abgetragen als kleine Raute links) nimmt in einem Netzwerk aus Einstellungsknoten eine zentrale Stellung ein und ist mit diesen in unterschiedlich starkem Maße verknüpft. Eng ist die Verknüpfung mit den Einstellungen zu den Vereinigten Staaten und zur NATO Response Force, eher lose mit dem Europarat und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen. Die starke Verbindung mit den USA kommt einerseits dadurch zustande, dass grundsätzliche Einstellungen zu den Vereinigten Staaten sehr zugänglich sind und in außen- und sicherheitspolitischen Einstellungssystemen eine zentrale Stellung einnehmen. Andererseits sind Einstellungen zu den Vereinigten Staaten auch selbst Bestandteil multilate-

prägung auf einem Kontinuum von sehr abstrakten Prinzipien hin zu sehr spezifischen Einstellungen zu konkreten Themen.

raler Grundüberzeugungen, nämlich als wichtiges Symbol im Ring um die zentralen, untereinander wiederum eng verknüpften Prinzipien im Kern (Beispiele für zentrale Aussagen und Prinzipien sind in der vergrößerten Raute rechts als Rechtecke abgebildet, Symbole, zentrale Lehren und Musterbeispiele wiederum als Ovale).

Die Grenze zwischen Grundüberzeugung und spezifischer Einstellung ist auf Grund der Bedeutung symbolischer Haltungen im Randbereich der Überzeugungen nicht eindeutig abgesteckt. In weniger schwierigen Fällen sind abstrakt gehaltene Vorstellungen zu bestimmten Handlungsoptionen ("Krieg kann niemals gerechtfertigt werden") recht eindeutig dem Kern militaristischer Überzeugungen zuzuordnen. Haltungen zur Beschaffung eines neuen Waffensystems stellen indessen vergleichsweise spezifische Einstellungen dar. Kognitive Abbildungen einschneidender Ereignisse befinden sich aber im Übergangsbereich zwischen Grundüberzeugung und Einstellung. Einerseits stellt beispielsweise der Zweite Weltkrieg als historisches Ereignis ein sehr konkretes Objekt dar, das sich als einzelner Einstellungsknoten in einem assoziativen Netzwerk denken lässt (vgl. Fazio et al. 1986; Lodge/Taber 2000). Als wichtiges Symbol, welches die Vorstellungen vom Krieg entscheidend beeinflusst, ist der Zweite Weltkrieg andererseits häufig aufs Engste mit grundsätzlichen Aussagen zur Ausgestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik verknüpft, die im Kern eines Grundüberzeugungsschemas angesiedelt sind. Wann immer dem Militarismusschema zugehörige Konstrukte wie die Rechtfertigbarkeit kriegerischen Handelns, die Möglichkeit, durch Gewalt dauerhaft Frieden zu schaffen, oder ähnliche Vorstellungen angesprochen werden, wird zugleich der Bezug zum Zweiten Weltkrieg aktiviert. Deshalb erfolgen selbst abstrakte Überlegungen zu solchen Vorstellungen unter mentaler Bezugnahme zum Zweiten Weltkrieg.

Wie aber dieser Ring um die drei zentralen Überzeugungen mit ihren verschiedenen Facetten genau ausgestaltet ist, sollte erheblich über Raum und Zeit mit ihren je eigenen wichtigen Symbolen und Ereignissen variieren.⁸ Denn unterschiedliche Kontexte werden auch zu unterschiedlichen politischen Diskursen führen, die die Gestalt der Grundüberzeugungen maßgeblich prägen (vgl. Feldman 1988; Hurwitz et al. 1993). Während die Verknüpfung grundsätzlicher Aussagen zu Gewalt in den internationalen Beziehungen mit dem Symbol "Zweiter Weltkrieg" in vielen europäischen Ländern noch recht vergleichbar vonstattengehen dürfte, sollte sich die Bedeutung des Symbols "NATO" für

8 Damit soll keinesfalls impliziert werden, die Grundüberzeugungen der Bürgerinnen und Bürger eines einzelnen Landes seien mehr oder weniger gleich. Nicht alle Menschen haben den Anspruch, über umfassende und wohlstrukturierte Einstellungssysteme verfügen zu wollen (Converse 1964). Bei aller Heterogenität innerhalb einzelner Bevölkerungen lassen sich aber dennoch systematische Unterschiede zwischen unterschiedlichen nationalen Kontexten finden.

multilaterale Überzeugungen über verschiedene Kontexte hinweg schon erheblich unterscheiden.

In Großbritannien gilt die NATO als bedeutsames Symbol für eine enge transatlantische Partnerschaft mit den USA. Dementsprechend sind Haltungen zum nordatlantischen Bündnis mit grundlegenden multilateralen Aussagen wie etwa "Bündnisverpflichtungen sind zu erfüllen" oder der Vorstellung einer westlichen Wertegemeinschaft eng verwoben. In Frankreich hingegen wird, oder wenigstens wurde, die NATO als Ausdruck amerikanischen Hegemoniestrebens skeptisch beäugt. Als Musterbeispiel für eine gelungene Zusammenarbeit unter Freunden und Partnern in den internationalen Beziehungen taugt sie dort jedenfalls nicht. Dies dürfte sich in einer bestenfalls losen Verknüpfung zwischen NATO und den grundsätzlichen Aussagen zur Kooperation mit Verbündeten im Kern multilateraler Orientierungen niederschlagen. Insofern repräsentiert der beispielhaft dargestellte Fall in Abbildung 3 wohl einen Ausschnitt aus dem Einstellungssystem eines idealtypischen Deutschen. Denn NATO und USA werden in Frankreich mit geringerer Wahrscheinlichkeit im symbolischen Ring multilateraler Überzeugungen zu finden sein. In Großbritannien ist die EU nicht positiv konstituierend für multilaterale Grundhaltungen. Letztlich entscheidend für die konkrete Ausgestaltung von Grundüberzeugungen ist nämlich, wie sich die für die Nation wichtigen Normen und Erfahrungen auf lange Sicht auf die politische Kultur eines Landes niedergeschlagen haben und wie sie immer wieder aufs Neue von den Eliten vermittelt werden.

Die konzeptionelle Trennung des aus abstrakten Prinzipien bestehenden Kerns einer Grundorientierung vom ihm umgebenden Ring aus Symbolen, Musterbeispielen und zentralen Lehren erlaubt aber nicht nur, räumliche Varianz in der Gestalt von Grundüberzeugungen zu erklären. Auch intertemporale Heterogenität wird so plausibel. Wichtige historische Ereignisse und Entwicklungen werden mitunter recht zügig in den Ring aus Symbolen aufgenommen, um die Grundüberzeugungen für die jeweiligen äußeren Umstände überhaupt erst anwendbar zu machen. Verliert ein solches Symbol an Bedeutung, weil es in der äußeren Umwelt schlichtweg nicht mehr vorkommt, oder verändert sich sein Bedeutungsgehalt beträchtlich, so wird es für die Wirkung von Grundhaltungen auf spezifische Einstellungen keinen Einfluss mehr haben, oder die Wirkung verändert sich zumindest erheblich. Ein solches, ehemals außerordentlich wichtiges Symbol, das über die Zeit weitgehend bedeutungslos geworden ist, stellt der Kampf gegen den Kommunismus dar. Noch in den 1980er Jahren elementarer Bestandteil militaristischer Grundüberzeugungen, verlor dieser mit dem Ende des Kalten Kriegs rasant an Relevanz für die Strukturierung außen- und sicherheitspolitischen Denkens und spielt heute kaum eine Rolle mehr (vgl. Holsti 1992).

Auch wenn der kulturelle Kontext und seine Vermittlung durch Eliten wesentlich auf Grundorientierungen einwirken, so ist es doch wichtig zu betonen, dass der Kern einer Grundüberzeugung vornehmlich auf den universellen Wertvorstellungen eines Individuums beruht, und nicht etwa auf einer bloßen Übernahme von Überzeugungen nahestehender Eliten (siehe Zaller 1992, 23; Schwartz et al. 2010, 2014; Goren 2013, 161; Goren et al. 2016). Insofern ist die häufige Annahme einer Vergleichbarkeit von Grundhaltungen über unterschiedliche Kontexte hinweg auch nicht ganz von der Hand zu weisen (z.B. Gravelle et al. unter Begutachtung). Gleichwohl wird die konkrete Ausgestaltung einer Grundüberzeugung, die dem Kern erst anwendbare Bedeutung verleiht, in hohem Maße durch den kulturellen Kontext beeinflusst, in dem sich das Individuum bewegt. Daraus ergibt sich aus messtheoretischer Sicht die Frage, ob man sich dem abstrakten Kern einer Grundorientierung mit den Mitteln der Einstellungsforschung überhaupt hinreichend nähern kann, wenn die nach Kontext variierenden Konkretisierungen im Ring ohnehin immer mitaktiviert werden. Unmittelbare Vergleiche von Grundüberzeugungen über Länder hinweg sind jedenfalls mit ernstzunehmenden Schwierigkeiten behaftet.

Bereichsspezifische Einstellungssysteme werden aber beileibe nicht ausschließlich durch Grundorientierungen strukturiert, auch wenn diese äußerst zentrale Positionen einnehmen. Neben Überzeugungen sind es vor allem Konzepte wie Gruppenbindungen, die ansonsten nur lose miteinander verbundenen Einstellungen Kohärenz verleihen (Conover 1984; Conover/Feldman 1984b). Insbesondere Bindungen an Parteien sind in ihrer Bedeutung für die Strukturierung von Einstellungssystemen abstrakten bereichsspezifischen Grundüberzeugungen gleichzusetzen oder übertreffen diese sogar (Campbell et al. 1960). Als beständiger und elementarer Bestandteil des politischen Diskurses stellen sie bedeutsame Orientierungspunkte für die Bürgerinnen und Bürger dar und wirken sich stark auf die politische Informationsverarbeitung aus (Bartels 2002; Green et al. 2002).

Grundüberzeugungen und Parteiidentifikationen beeinflussen sich dabei wechselseitig. So beinhalten Bindungen an Parteien auch die Übernahme der von dieser Partei vertretenen Normen, die häufig bestimmten Grundhaltungen entsprechen (Turner et al. 1987; McCann 1997; Huddy 2001). Umgekehrt kann eine Partei aber auch deshalb als besonders ansprechend erscheinen, weil sie am entschiedensten die eigenen Überzeugungen vertritt. Ändern sich die eigenen Grundhaltungen oder die Positionen der bis dato favorisierten Partei, können schwächer werdende Parteiidentifikationen die Folge sein (vgl. Tavits 2007). In der Regel wird aber die Stärke des Einflusses von Parteiidentifikationen auf Grundüberzeugungen die Stärke der umgekehrten Einflussrichtung deutlich überwie-

gen. Daher wird man eher bestrebt sein, die eigenen Orientierungen mit denen der nahestehenden Partei in Einklang zu bringen (McCann 1997; Goren 2005).

Indem Parteien bestimmte Interpretationen von Grundorientierungen nahelegen, verändern sie zwar nicht den Kern einer Überzeugung, aber die sich aus den grundlegenden Annahmen ergebenden Implikationen. Gerade in Fällen, in denen die Zuordnung infolge der Komplexität der Materie nicht offenkundig ist, können Eliten durch die Bereitstellung von Deutungsangeboten entsprechende Verbindungen zwischen Grundüberzeugungen und Einstellungen überhaupt erst ermöglichen (Zaller 1992; Pollock et al. 1993; Alvarez/Brehm 1995; 2002, 35).⁹ Wenn Grundhaltungen konfliktieren und gegenteilige Schlüsse nahelegen, können Eliten zudem versuchen, eine für sie vorteilhafte Interpretation eines Sachverhalts im politischen Diskurs durchzusetzen. Indem sie der Grundüberzeugung zur Wirksamkeit verhelfen, die die größte Übereinstimmung zwischen öffentlicher Meinung und der eigenen Position herzustellen verspricht, könnte sich das im politischen Wettbewerb zu ihrem Vorteil auswirken (vgl. Nelson et al. 1997; Brewer 2001; Chong/Druckman 2007b). Da Eliten in Systemen mit regem Parteienwettbewerb in der Regel aber mit mehreren konkurrierenden Frames um die Gunst der Wählerschaft buhlen, sollte man deren kurzfristigen Einflussmöglichkeiten auch nicht überbewerten (Sniderman/Theriault 2004, 158; Chong/Druckman 2007a, 651).¹⁰ Vertreten Eliten jedoch dauerhaft verschiedene Sichtweisen auf einen Themenbereich, sollte sich dies in unterschiedlichen Wirkungen von Grundüberzeugungen in den zugehörigen Anhängerschaften niederschlagen, sowohl zwischen Ländern mit ihren je eigenen nationalen Kontexten als auch innerhalb von Ländern mit parteipolitisch gefärbten Interpretationen der nationalen Kultur.

Die Annahme hierarchischer Einstellungssysteme mit Grundüberzeugungen und Parteibindungen als zentralen Elementen ist in der Forschung dabei generell unstrittig (z.B. Feldman 2003; Schoen 2006, 95-96). Wenig erforscht ist jedoch bislang, auf welche Weise abstrakte Grundhaltungen auf konkrete Einstellungsobjekte wirken. Zwar weiß man einiges darüber, wie Einstellungen aus dem Zu-

9 Entsprechend wird erwartet, dass komplexere Sachverhalte nur ab einem bestimmten Grad an kognitiver Involvierung mit den eigenen Grundorientierungen abgeglichen werden können (Zaller 1992, 25). Während diese Vermutung für die klassische Interviewsituationen sicherlich Gültigkeit beanspruchen kann (Zaller/Feldman 1992), dürften in der politischen Auseinandersetzung um wichtige Themen hinreichend häufig damit verbundene Grundüberzeugungen angesprochen werden. Dies ermöglicht es auch politisch Uninformierten, eine Verknüpfung zwischen den eigenen Überzeugungen und der Einstellung zur Sachfrage herzustellen (Feldman 1988).

10 Wie viele Bürgerinnen und Bürger von dem reichhaltigen Angebot an Deutungsmustern Gebrauch machen, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Als „kognitive Geizhalse“ (Fiske/Taylor 1984) wird sich ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung ohne weiteres Nachdenken für die Interpretation der ihm nahestehenden Partei entscheiden. Insofern erscheint die Kommunikation von parteipolitisch gefärbten Deutungen als durchaus lohnend.

sammenspiel von Arbeits- und Langzeitgedächtnis gebildet werden (siehe Lodge/Taber 2000). In welcher Form Grundüberzeugungen im Gedächtnis jedoch repräsentiert sind und an welcher Stelle genau Grundorientierungen im konkreten Informationsverarbeitungsprozess wirken und so die vorgefundenen Strukturen überhaupt erst erzeugen, ist weitgehend unklar (vgl. Zaller 1992, 280; Feldman 2003, 489; Sniderman/Bullock 2004, 340). Aber in den beiden derzeit bedeutsamsten Modellen zur Einstellungsbildung, nämlich in Zallers RAS-Modell (1992) und bei den Vertretern der Stony-Brook-Schule (z.B. Lodge/Taber 2000; Kim et al. 2010), können Grundorientierungen allemal eine potentiell einflussreiche Rolle spielen. Denn in Form von Prädispositionen (Zaller 1992, 22-24; Alvarez/Brehm 2002, 9) und Richtungszielen (Lodge/Taber 2000, 186; Taber/Lodge 2006) beeinflussen sie, wie neue Informationen verarbeitet werden. Informationen, die den eigenen Grundüberzeugungen entsprechen, werden häufiger im Langzeitgedächtnis abgespeichert und weisen daher eine höhere Wahrscheinlichkeit auf, bei einer etwaigen Einstellungsäußerung berücksichtigt zu werden.

Neben der Filterfunktion bei der Auswahl von Informationen ist auch noch eine weitere Einflussmöglichkeit von Grundorientierungen denkbar. Sie können nämlich auch direkt zur Einstellungsbildung herangezogen werden, wenn sie, zusammen mit anderen Erwägungen, ins Arbeitsgedächtnis transferiert werden (vgl. Feldman/Zaller 1992, 292; Tourangeau et al. 2000, 174).¹¹ Auf diese Weise werden die engen kognitiven Grenzen des Arbeitsgedächtnisses bei der Einstellungsbildung sehr effizient genutzt, da Grundüberzeugungen, als Schemata verpackt, sehr viele Informationen auf wenig Raum bereitstellen (vgl. Steenbergen/Lodge 2003, 127; Taber 2011, 373).

Für den Einfluss von Grundhaltungen auf die Generierung spezifischer Einstellungen ist es daher letztlich unerheblich, ob diese Einstellungen erst im Bedarfsfall gebildet werden (Zaller/Feldman 1992) oder ob sie lediglich aus dem Langzeitgedächtnis abgerufen werden müssen. Denn die wichtigsten Schritte der Einstellungsbildung haben sich bereits in der Auseinandersetzung mit neuen Informationen vollzogen (Lodge/Taber 2000). Wenn eine Sachfrage prominenter Bestandteil der politischen Berichterstattung ist, sollten die meisten Bürgerinnen und Bürger über bereits vorgefertigte Einstellungen verfügen, die in der Regel im Einklang mit den zentralen Überzeugungen im Einstellungssystem stehen. Haltungen zu unbekannten und eher technischen Fragen müssen hingegen auf die Schnelle konstruiert werden. Grundüberzeugungen beeinflussen dabei zum

11 Das Heranziehen von Erwägungen ist dabei nicht nur auf gedächtnisbasierte Modelle der Einstellungsbildung (Zaller 1992) beschränkt. Auch in online-basierten Modellen wird nicht davon ausgegangen, dass die letztlich geäußerte Einstellung ausschließlich auf dem in Sekundenbruchteilen abgerufenen Affekt zum jeweiligen Einstellungsobjekt beruht (Kim et al. 2010, 8).

einen die Auswahl an verfügbaren Erwägungen und zum anderen werden sie selbst als besonders nützliche Erwägungen herangezogen. In beiden Fällen prägen Grundorientierungen spezifische Einstellungen fundamental. Was aber die genaue Gestalt von Grundüberzeugungen betrifft, so sind über kulturelle Kontexte hinweg Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu erwarten. Gemeinsamkeiten im Kern von Grundhaltungen beruhen auf deren Fundierung in universellen Wertvorstellungen. National und parteipolitisch gefärbte Diskurse beeinflussen aber, welche Symbole, Musterbeispiele und zentrale Lehren sich im Einzelnen im Gürtel um diesen Kern herum befinden und welche Wirkung Grundorientierungen deshalb in den einzelnen Ländern entfalten.

2.2 Strukturen außen- und sicherheitspolitischer Überzeugungssysteme

Dem Themenkomplex außen- und sicherheitspolitische Einstellungssysteme haben sich Forscher aus zwei verschiedenen Richtungen genähert. Eine Gruppe zielte unmittelbar auf die Kerne außen- und sicherheitspolitischer Überzeugungen ab. Diese sollten – in überschaubarer Zahl – als Vermittler zwischen universellen Wertvorstellungen und Haltungen zu spezifischen Sachfragen Einstellungssysteme strukturieren und Kohärenz verleihen (z.B. Hurwitz/Peffley 1987; Rattinger 1996; Chittick/Freyberg-Inan 2001). Etwas älter ist aber der Versuch einer größeren Gruppe, einen möglichst großen Ausschnitt des Universums an außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen auf eine geringe Zahl an zu Grunde liegenden Dimensionen zu reduzieren (z.B. Bardes/Oldendick 1978; Mandelbaum/Schneider 1979; Holsti/Rosenau 1984, 1986; Wittkopf 1986). Diesem in erster Linie induktiven Vorgehen geschuldet begnügte man sich mit Erkenntnissen zum stark kontextabhängigen, um die zentralen Annahmen gelegten Ring aus Symbolen, Musterbeispielen und bedeutsamen Lehren. Die außen- und sicherheitspolitischen Prinzipien im Kern der Grundüberzeugungen waren indes nicht Gegenstand des unmittelbaren Interesses (vgl. Holsti/Rosenau 1990, 96).

Verbindet man aber beide Sichtweisen, so wird der Einfluss des kulturellen Kontexts auf die Struktur und Wirkung außen- und sicherheitspolitischer Grundüberzeugungen schnell ersichtlich. Welche Gestalt Grundorientierungen annehmen, hängt maßgeblich von der durch zeitgeschichtliche Abläufe geprägten Interpretation der nationalen außenpolitischen Kultur ab. Um sich typischen Inhalten im Kern bereichsspezifischer Grundhaltungen zu nähern, werden im Folgenden beide Ansätze kurz skizziert und verglichen. Kritisch gewürdigt werden zudem die wenigen bislang erstellten Arbeiten zur Übertragung der vornehmlich in den USA gewonnenen Befunde auf andere Kontexte. Auf diese Weise gelangt man zu einer Charakterisierung der Kerne der drei außen- und

sicherheitspolitischen Grundüberzeugungen, die sich durch ihre Verankerung in universellen Wertvorstellungen und Persönlichkeitseigenschaften auch über unterschiedliche Kontexte hinweg als sehr ähnlich erweisen sollten. Zugleich wird aber auch deutlich, wie variabel die Bestandteile des Rings aus Symbolen und Musterbeispielen ausfallen können. Unter einem solchen Blickwinkel erscheinen Grundüberzeugungen dann auch weniger als rationalistisch und instrumentell angehauchte Konzepte, wie sie bisweilen in der Literatur dargestellt werden (vgl. Chittick/Freyberg-Inan 2001, 39).

In den frühen Jahren des Forschungsprogramms zu außen- und sicherheitspolitischen Einstellungsstrukturen in den USA, das mit dem Ende des Vietnamkriegs Fahrt aufnahm, galten zwei Grundhaltungsdimensionen als hinreichend, um die zugehörigen Einstellungssysteme adäquat zu beschreiben (vgl. Wittkopf 1986). Mittlerweile werden aber drei Dimensionen als notwendig angesehen, um der Komplexität in diesem Politikbereich gerecht zu werden (Rathbun 2007; siehe aber bereits Kegley/Wittkopf 1982).¹² Dieser Dreiklang aus kooperativem Internationalismus, militantem Internationalismus und Isolationismus weist dabei nicht zu übersehende Ähnlichkeiten mit den drei Grundorientierungen auf, die diejenigen Forscher als relevant erachten, die sich mit dem Kern außen- und sicherheitspolitischer Überzeugungen befassen, nämlich Multilateralismus, Militarismus und Internationalismus (z.B. Chittick/Freyberg-Inan 2001; Rattinger et al. 2016).¹³ Aus diesen drei Grundüberzeugungen lassen sich Haltungen zur Zusammenarbeit mit Verbündeten und in internationalen Institutionen ableiten, sie helfen bei der Beantwortung der Frage, ob der Einsatz von Gewalt ein angemessenes und zielführendes Mittel in den internationalen Beziehungen ist und

12 Zwei spezifisch außenpolitische Einstellungsdimensionen waren zu Beginn der 1980er Jahre schon ein erheblicher Fortschritt gegenüber Vorstellungen, nach denen außen- und sicherheitspolitische Bevölkerungseinstellungen entweder gar nicht strukturiert waren (Converse 1964) oder nur entlang einer einzelnen Internationalismus-Isolationismusdimension (vgl. Holsti 1992, 448). Eine dreidimensionale Strukturierung, einhergehend mit acht außenpolitischen Idealtypen anstelle der intuitiv verständlicheren vier, wäre dem Erfolg des Forschungsprogramms zu diesem Zeitpunkt sicherlich nicht zuträglich gewesen. Strenggenommen gingen aber auch Holsti und Rosenau (1984) ursprünglich von drei Dimensionen aus, die sie allerdings als Typen interpretierten. Auf Wittkopfs (1986) Kritik hin reduzierten sie diese aber auf zwei Dimensionen und vier Typen (Holsti/Rosenau 1988).

13 Diese Ähnlichkeit ist natürlich nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass die Befunde zur horizontalen Strukturierung außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen als Inspiration für hierarchische Modelle dienten (z.B. Hurwitz/Peffley 1987, 1107). Nicht alle Forscher verstehen darüber hinaus den kooperativen Internationalismus als U.S.-amerikanische Ausprägung von Multilateralismus. So schlugen Holsti und Rosenau (1984, 243-244) sowie Wittkopf (1986) Multilateralismus-Unilateralismus als weitere Dimension vor (wobei sie sich in darauffolgenden Untersuchungen wieder auf die beiden Internationalismen beschränkten). Auch Rathbun (2004) geht von drei distinkten Dimensionen Humanitarismus (die dem kooperativen Internationalismus in etwa entspricht; siehe Rathbun 2004, 19), Militarismus und Multilateralismus aus.

sie legen fest, in welchem Maße und zu welchem Zweck sich ein Land international überhaupt engagieren soll.

Auch wenn diese drei Grundüberzeugungen geeignet erscheinen, die wichtigsten Fragen bei der außen- und sicherheitspolitischen Einstellungsbildung beantworten zu können, so wirken sie doch im Vergleich zu den beiden Internationalismen regelrecht blutleer. Denn jene greifen konkrete Zielvorstellungen, Sichtweisen und Probleme auf. So befasst sich die kooperative Internationalismdimension mit dem Gegensatz zwischen dem reichen Norden und dem weniger entwickelten Süden, der globalen Umweltproblematik und der Möglichkeit von Kooperationsgewinnen in den internationalen Beziehungen. Die militante Internationalismdimension enthält hingegen vor allem Haltungen zum Ost-West-Konflikt und damit verbunden zur grundsätzlichen Bedeutung militärischer Stärke. Die internationalen Beziehungen werden dabei als bipolar und von Nullsummenspielen geprägt verstanden (für einen Überblick siehe Bardes/Oldendick 1990, 233; Holsti 1992).¹⁴

Wie diese kurze Gegenüberstellung jedoch auch zeigt, können die beiden Internationalismen nur für eine bestimmte Region und einen bestimmten Zeitpunkt, nämlich die USA in den 1980er Jahren, uneingeschränkte Gültigkeit beanspruchen.¹⁵ Denn es handelt sich hierbei kaum um abstrakte Grundüberzeugungen an der Schnittstelle zwischen noch abstrakteren universellen Wertvorstellungen und sehr spezifischen Sachfragen. Stattdessen beinhalten die beiden Internationalismen in erster Linie den Ring aus Symbolen, Musterbeispielen und elementaren Lehren, der stark vom zeitlichen und räumlichen Kontext beeinflusst wird.¹⁶ Wenn man unter Multilateralismus, Militarismus und Internationalismus abstrakte, bereichsspezifische Ableitungen aus universellen Wertvorstellungen versteht, die sich in sehr ähnlicher Weise in allen fortgeschrittenen Gesellschaften finden lassen, so sind kooperativer und militanter Internationalismus sowie Isolationismus deren spezifische Ausprägung in den USA der 1980er Jahre (Rathbun 2007, 387).

Trotz des starken Bezugs zum U.S.-amerikanischen Kontext der 1980er Jahre versuchten einige (wenige) Autoren, die beiden Internationalismen auf andere

14 Dennoch sind beide Dimensionen zumindest theoretisch unabhängig voneinander. Um deren Interpretation zu erleichtern, wurden regelmäßig Typen gebildet, die jeweils einem Quadranten einer Vierfeldertafel aus beiden Internationalismen entsprachen, wie "accommodationists", "internationalists", "hardliners" und "isolationists" (Wittkopf 1986, 433).

15 Nur vor diesem Hintergrund macht auch die Grundorientierung "Antikommunismus" bei Hurwitz und Peffley (1987) Sinn.

16 Neuere Arbeiten, die weniger die substantielle Struktur außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen in den USA als vielmehr ihre Determinanten zum Gegenstand haben, greifen auf weniger kontextsensitive Indikatoren zurück (Rathbun 2007; Kertzer et al. 2014; Rathbun et al. 2016). Dennoch ist der starke Bezug zur speziellen Situation der USA als einzige Supermacht nach wie vor klar erkennbar.

Länder zu übertragen. Bjereld und Ekengren (1999) bemühen sich, ihre Befunde für Schweden mit den amerikanischen möglichst unmittelbar vergleichbar zu machen. Dabei ist eine Äquivalenz außen- und sicherheitspolitischer Überzeugungen angesichts der sehr unterschiedlichen Außenpolitiken und Stellungen beider Länder in der Welt allenfalls auf einer sehr abstrakten Ebene zu erwarten. In ähnlicher Weise versuchen Reifler et al. (2011) zu den USA vergleichbare Dimensionen in der britischen Öffentlichkeit aufzudecken. Auch hierbei bilden kooperativer und militanter Internationalismus die Ausgangsbasis, ohne die starke Kontextbezogenheit der beiden Internationalismen näher in Augenschein zu nehmen. Immerhin lenken die Befunde, die sich nicht ohne Weiteres in das U.S.-amerikanische Raster eingliedern lassen, den Blick auf unterschiedliche kulturelle Kontexte (für ähnliche Probleme bei der Einordnung der Befunde zu indischen Eliten siehe Ganguly et al. 2016). Nevitte und Gibbins (1986) hingegen streben bei ihrer Untersuchung außenpolitischer Einstellungssysteme in Kanada keine Vergleichbarkeit mit den USA an. Allerdings äußern sie sich bestenfalls vage zu den Ordnungsprinzipien, die den explorativ aufgedeckten Dimensionen zu Grunde liegen könnten, weshalb auch hier keine Annäherung an den Kern außen- und sicherheitspolitischer Grundhaltungen gelingt.

Hurwitz et al. (1993) berücksichtigen bei ihrer Untersuchung außen- und sicherheitspolitischer Überzeugungen in den USA und in Costa Rica explizit die sehr unterschiedlichen Kontexte in beiden Ländern. Entsprechend gehen sie keineswegs davon aus, dass sich die Grundüberzeugungen in beiden Ländern gleichen. Tatsächlich leiten in beiden Ländern Grundorientierungen die Einstellungsbildung an, und zugleich führt der nationale Kontext zu erheblichen Unterschieden in der Wirkung einzelner Grundhaltungen. Da Hurwitz et al. (1993) aber zum einen zwei Länder ausgewählt haben, die in vielerlei Hinsicht unähnlicher kaum sein könnten, und zum anderen Orientierungen als bedeutsam unterstellt haben, die stark dem Denken des Kalten Kriegs verhaftet sind, bleibt die Frage nach der Generalisierbarkeit ihrer Befunde offen. Einen Vergleich zwischen recht ähnlichen Ländern stellen Jenkins-Smith et al. (2004) an, indem sie die Wirkung von Überzeugungen zu verschiedenen Facetten der militärischen und zivilen Nutzung der Atomenergie in den USA und Großbritannien vergleichen. Für Überzeugungen zu einem zugegebenermaßen sehr speziellen Aspekt der Sicherheitspolitik können sie festhalten, dass es kaum Unterschiede in der Struktur britischer und U.S.-amerikanischer Einstellungssysteme gibt.

Ziegler (1987) indessen hält sich in seiner Untersuchung von Einstellungen zu militärischer und nicht-militärischer Kooperation gar nicht erst mit Unterschieden zwischen den Ländern auf. Stattdessen unterstellt er für Frankreich, Großbritannien, Italien und die Bundesrepublik identische Strukturierungen. Auf Basis seiner Befunde diskutiert er aber immerhin die je eigenen Zugänge der vier Län-

der zur Außen- und Sicherheitspolitik. Auf Ziegler (1987) aufbauend, begnügt sich Everts (1998) ebenfalls damit, eine einheitliche Strukturierung außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen in Europa anzunehmen. Mögliche Unterschiede in den Bedeutungen der Dimensionen finden keine Erwähnung (für vergleichbare Defizite siehe auch Irondelle et al. 2015; Endres et al. 2015a; Gravelle et al. unter Begutachtung).

Abgesehen von den Arbeiten von Hurwitz et al. (1993) und Jenkins-Smith et al. (2004), die auf Grund ihrer Fallauswahl oder ihres Untersuchungsgegenstands nur eingeschränkt verallgemeinerbar sind, weisen die angeführten Arbeiten ihre Schwierigkeiten im Umgang mit kulturellen Kontexten auf. Entweder werden diese in der einen oder anderen Form ignoriert (Nevitte/Gibbins 1986; Ziegler 1987; Everts 1998; Irondelle et al. 2015; Endres et al. 2015a; Gravelle et al. unter Begutachtung), oder man ist bemüht, nach Möglichkeit Kongruenz mit dem sehr speziellen U.S.-amerikanischen Kontext herzustellen (Bjereld/Ekengren 1999; Reifler et al. 2011; Ganguly et al. 2016). Um sich also der Wirkung von Grundorientierungen in Abhängigkeit kultureller Kontexte zu nähern, erscheint daher ein genauerer Blick auf die stark kontextabhängigen Befunde zu außen- und sicherheitspolitischen Dimensionen in den USA sinnvoll. So lässt sich überprüfen, inwieweit diese Rückschlüsse auf den universellen Kern außen- und sicherheitspolitischer Grundüberzeugungen zulassen.

Will man die Erkenntnisse zur vornehmlich vertikalen Einstellungsstrukturierung in den Vereinigten Staaten in ein hierarchisches Modell der Einstellungsbildung mit Grundüberzeugungen an zentraler Stelle überführen (vgl. Chittick et al. 1995; Chittick/Freyberg-Inan 2001; Rathbun 2007), so tritt ein recht offenkundiges Problem zu Tage. So wurden und werden von einigen Autoren zwei Dimensionen als hinreichend für die Beschreibung der Strukturierung außen- und sicherheitspolitischer Einstellungssysteme angesehen, nämlich der kooperative und der militante Internationalismus (z.B. Bjereld/Ekengren 1999; Reifler et al. 2011). Durch diese Sichtweise ergibt sich eine nicht unerhebliche Spannung zwischen Internationalismus als Grundüberzeugung und den beiden Internationalismen in der vertikalen Strukturierung. Denn letztere geben sowohl Auskunft über Präferenzen zur Intensität als auch zur Art und Weise des internationalen Engagements. Diese Spannung lässt sich aber unter Berücksichtigung des speziellen U.S.-amerikanischen Kontexts, in dem der überwältigende Teil dieser Forschung verankert ist, lösen.

Sowohl Holsti und Rosenau (1988) als auch Wittkopf (1986; Maggiotto/Wittkopf 1981; Wittkopf/Maggiotto 1983a) beschränkten sich bei ihren vornehmlich explorativen Untersuchungen auf zwei Dimensionen, den kooperativen und den militanten Internationalismus. Folglich stellte sich die Frage nach der Notwendigkeit einer Unterscheidung zwischen Verfahrensweisen internationalen

Handelns und den Zielen solchen Handelns erst einmal nicht.¹⁷ Allerdings sahen andere Forscher die zwei Internationalismen schon bald als nicht ausreichend zur vollständigen Beschreibung der Struktur außen- und sicherheitspolitischer Fragen an. Chittick et al. (1990, 1995) und Rathbun (2007) stellten als dritte eigenständige Dimension Isolationismus den beiden Internationalismen zur Seite (siehe auch Kegley/Wittkopf 1982; Hinckley 1992).¹⁸ Eine solche Vorgehensweise ist für Chittick et al. (1995) unproblematisch, da sie die ersten beiden Dimensionen als Multilateralismus und Militarismus interpretieren. Rathbun (2007, 2008) muss hingegen weiter ausholen, um die intuitive Vorstellung zu widerlegen, Isolationismus läge bei Abwesenheit beider Internationalismen vor (so z.B. Wittkopf 1986). Demnach beschreiben die beiden Internationalismen Präferenzen für die Art und Weise, *wie* sich ein Land international engagieren soll, während isolationistische Grundhaltungen darüber entscheiden, *ob* das eigene Land überhaupt eine aktive Außenpolitik verfolgen oder sich besser auf heimische Probleme konzentrieren soll (vgl. Rathbun 2007, 388).

Ein ähnliches Problem sehen auch Hurwitz und Peffley (1987, 1108), wenn sie die Annahme, Internationalismus und Isolationismus bildeten die entgegengesetzten Enden einer gemeinsamen Dimension, in Frage stellen. Mit Isolationismus sind nämlich sehr konkrete Vorstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik verbunden, die häufig auf eine protektionistische Außenpolitik hinauslaufen (Kegley/Wittkopf 1982, 89; Chittick et al. 1995, 314; Herrmann/Keller 2004). Das internationalistische Ende einer solchen Dimension weist jedoch keine vergleichbaren, eigenständigen Konnotationen auf, von der Ablehnung einer protektionistischen Außenpolitik und einer Befürwortung von Freihandel und Globalisierung natürlich einmal abgesehen. Denn wie die Vereinigten Staaten ihre Außen- und Sicherheitspolitik gestalten sollen, wird bereits durch die beiden anderen Dimensionen festgelegt. Jüngere Arbeiten gingen entsprechend dazu über, auf der Internationalismusdimension in erster Linie Haltungen zur Frage zu verorten, ob die Vereinigten Staaten die Rolle des Weltpolizisten ausfüllen sollen

17 Weiter oben wurde bereits darauf hingewiesen, dass eine zweidimensionale, explizit außenpolitische Strukturierung einen erheblichen Fortschritt gegenüber früheren Vorstellungen keinerlei oder eindimensionaler Strukturierung darstellte. Folglich sollte die Entscheidung für zwei Dimensionen nicht so verstanden werden, dass zwei Dimensionen auch tatsächlich ausreichend für eine adäquate Beschreibung außen- und sicherheitspolitischer Einstellungssysteme sind. Allerdings hat sich der militante/kooperative Internationalismus-Ansatz als prägend für eine ganze Reihe von Untersuchungen auch in jüngerer Zeit erwiesen (Bjereld/Ekengren 1999; Reifler et al. 2011; Ganguly et al. 2016), weshalb die Frage nach der Angemessenheit einer zwei-, drei- oder womöglich vierdimensionalen Strukturierung außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen durchaus relevant ist.

18 Holsti und Rosenau (1984, 243-244) sowie Wittkopf (1986) sahen hingegen die Notwendigkeit einer eigenen Multilateralismusdimension, was sie in darauffolgenden Arbeiten aber nicht weiter verfolgten.

oder ob es nicht angezeigt wäre, sich auf heimische Probleme zu konzentrieren (z.B. Kertzer et al. 2014, 832). Internationalistische Überzeugungen in den USA bedeuten also in erster Linie eine Akzeptanz der Rolle der USA als Führungsnation der freien Welt, mit allen damit verbundenen Pflichten (Holsti 2004, 267).

Auf andere Länder, die über weitaus geringere Mittel und Fähigkeiten verfügen und häufig auch kein so ausgeprägtes internationales Sendungsbewusstsein aufweisen, lässt sich diese U.S.-amerikanische Interpretation internationalistischer Überzeugungen nur mit Einschränkungen übertragen. Vielmehr müssen die jeweils eigenen Zielsetzungen in den Blick genommen werden, die wesentlich bestimmen, was unter einer aktiven und internationalistischen Außenpolitik jeweils verstanden wird. In einem Land kann darunter ein Streben nach nationaler Größe, internationaler Geltung und der Verbreitung zivilisatorischer Werte fallen (Treacher 2003), in einem anderen das Bedürfnis, als verlässlicher und berechenbarer Akteur in den internationalen Beziehungen wahrgenommen zu werden (Longhurst 2004). Wegen ihrer Fundierung in universellen Wertvorstellungen sollten internationalistische Orientierungen aber auch einige Gemeinsamkeiten über unterschiedliche Kontexte hinweg aufweisen.¹⁹ Insbesondere sollten Isolationisten außenpolitisches Handeln, das einen hohen Einsatz von Ressourcen erfordert, zugunsten der Bewältigung innenpolitischer Probleme ablehnen. Entscheidend für den internationalistischen Pol wird aber sein, für welche Außenpolitiken die Eliten eines Landes sich einsetzen. Denn damit werben sie nicht nur kurzfristig um Unterstützung für ihre Positionen, sie prägen so auch auf lange Sicht, welche Zielsetzungen und Vorgehensweisen in der Bevölkerung als zentrale Merkmale der Außen- und Sicherheitspolitik eines Landes angesehen werden.

Internationalismus hat also in Form der Isolationismusdimension selbst in den USA durchaus seine Daseinsberechtigung als eigenständige Grundüberzeugung. Isolationismus entspricht eben nicht lediglich einer unilateralen und antimilitaristischen Grundhaltung, wie es eine zweidimensionale Strukturierung nahelegen würde.²⁰ Stattdessen weist die Überzeugung ihren eigenen substantiellen Erklärungsbeitrag auf, nämlich bei der Unterstützung der grundsätzlichen Linien der nationalen Außenpolitik einerseits und bei der Befürwortung des Transfers von Ressourcen von der nationalen auf die internationale Ebene andererseits.

19 Isolationistische Orientierungen werden allerdings weitaus schwächer von universellen Wertorientierungen bestimmt als multilaterale und militaristische Überzeugungen, wie Befunde zu U.S.-amerikanischen Bevölkerungseinstellungen nahelegen (Pötzschke et al. 2012; Kertzer et al. 2014; Rathbun et al. 2016).

20 Die Außenpolitik Schwedens während des Kalten Kriegs könnte man zur Illustration als unilateral (im Sinne von blockfrei) und vergleichsweise antimilitaristisch, aber zugleich internationalistisch charakterisieren (Ruffa 2013, 343).

Weniger komplex stellt sich die Verknüpfung zwischen militantem Internationalismus und militaristischen Grundüberzeugungen dar. Ein hoher Wert auf der militanten Internationalismusdimension geht einher mit der Billigung des Einsatzes militärischer Gewalt als Mittel in den internationalen Beziehungen. Auch wird großer Wert auf ein starkes Militär gelegt, um in einer bedrohlichen Umwelt potentielle Aggressoren wirksam abzuschrecken. Prinzipielle Vorbehalte gegen die Ausübung kriegerischer Akte sind indessen schwach ausgeprägt (D'Agostino 1995; Bizumic et al. 2013; Kertzer et al. 2014, 830).²¹ Allerdings beinhaltet der militante Internationalismus in seiner ursprünglichen, U.S.-amerikanischen Form nicht nur allgemeine Aussagen zu Legitimität und Nutzen militärischer Gewaltanwendung. Er wies auch starke, wenn nicht gar zentrale Bezüge zur Auseinandersetzung zwischen Ost und West sowie zum Streben nach amerikanischer Dominanz auf (Holsti/Rosenau 1984, 109; Rathbun 2007). Die Konkurrenz zweier grundverschiedener politischer Systeme wirkte konstituierend für militaristische Überzeugungen in den USA zu Zeiten des Kalten Kriegs (vgl. Holsti 1992).

Für andere Kontexte sind ähnliche Zuordnungen um den Kern militaristischer Überzeugungen kaum zu erwarten. Mit dem Ende des Kalten Kriegs stellen die Sowjetunion und der Kommunismus keine Bedrohungen mehr dar, die geeignet sind, außen- und sicherheitspolitisches Denken zu strukturieren. Folglich spielen sie als Symbole für Orientierungen bezüglich einer kompetitiven, militaristischen Außenpolitik auch keine Rolle.²² Aber auch das Streben nach militärischer Übermacht ist ein Bestandteil militaristischer Orientierungen, der vornehmlich Bevölkerungshaltungen in den USA, verglichen mit den meisten europäischen Ländern, zu eigen sein dürfte. Was als Gemeinsamkeiten im Kern militaristischer Überzeugungen über verschiedene Kontexte hinweg bleibt, sind Erwägungen zur Moralität des Kriegs und zur Effektivität gewaltsamen Handelns bei der Verfolgung internationaler Ziele (vgl. Cohrs 2004; Rathbun 2004, 23).

Verglichen mit multilateralen Überzeugungen ist der Kern militaristischer Orientierungen damit im Grunde recht überschaubar. Vorstellungen vom Krieg in der einen oder anderen Form werden die allermeisten Menschen haben, auch wenn sich die jeweiligen Haltungen unterscheiden mögen. Schwieriger, weil

21 Die individuelle Ausprägung dieser Überzeugung beruht dabei zu einem guten Teil auf den universellen Wertvorstellungen und der Persönlichkeit eines Individuums. Denn maßgeblich beeinflusst werden militaristische Grundhaltungen durch Wertvorstellungen zur Bedeutung von Tradition, Beständigkeit und Sicherheit (Rathbun et al. 2016, 135; Goren et al. 2016; siehe auch Kertzer et al. 2014). Ebenso weisen gewissenhafte, unverträgliche und wenig offene Personen häufiger militaristische Orientierungen auf (Schoen 2007; Pötzschke et al. 2012).

22 Auch Holsti (1992, 461) beurteilte nach dem Ende des Kalten Kriegs Haltungen zur Sowjetunion als weit weniger zentral für die Gestalt außen- und sicherheitspolitischer Überzeugungen als die Literatur im Jahrzehnt zuvor.

wesentlich facettenreicher, ist hingegen der Kern multilateraler Überzeugungen zu greifen. Die meisten europäischen Beobachter werden sicherlich an die NATO als ein klassisches Beispiel für ein System kollektiver Sicherheit und damit als Idealtyp institutionell eingebetteter multilateraler Kooperation denken. Von Vertretern der Internationalismen-Strukturierung der 1980er Jahre in den USA werden aber Systeme kollektiver Sicherheit entweder keiner der Dimensionen zugeordnet (Wittkopf 1986, 437) oder aber dem militanten Internationalismus (Holsti/Rosenau 1990, 107). Stattdessen sind für den kooperativen Internationalismus insbesondere Einstellungen zu den Vereinten Nationen prägend, sowie Einstellungen zu Themen, die einen stark humanitären Einschlag aufweisen (vgl. Chittick et al. 1995). Auch in Europa spielen derartige Erwägungen zur Überwindung der Anarchie im internationalen System und Gebote wie internationale Solidarität und Humanität eine nicht unerhebliche Rolle (Bjereld/Ekengren 1999), doch wird bei Überlegungen zu multilateralem Handeln für gewöhnlich der Aspekt der Zugehörigkeit zu Bündnissen (z.B. Mader/Pötzschke 2014, 62; Rattinger et al. 2016) und darin im Speziellen das Verhältnis zu den USA (vgl. Asmus et al. 2005; Jedinger/Mader 2015, 95; Mader 2017) weit höher gewichtet.

Nun erscheinen Zweifel nicht ganz unbegründet, ob so unterschiedliche Einstellungen wie Haltungen zur Mitgliedschaft in Verteidigungsbündnissen und zur Linderung einer Hungersnot in einem fernen, von Armut gebeutelten Land auf eine gemeinsame Grundhaltung zurückgehen sollen. Zumindest legt diese Vielfalt an Facetten nahe, das Konzept Multilateralismus als Zusammenarbeit mit Verbündeten einerseits und Humanitarismus andererseits aufzuspalten (vgl. Gravelle et al. unter Begutachtung). Gegen eine Trennung spricht aber die Fundierung beider Konzepte in den gleichen übergeordneten, universellen Wertvorstellungen. Denn beide beruhen auf der Idee, einer größeren Gemeinschaft anzugehören (Chittick/Freyberg-Inan 2001; Rathbun 2007), und werden entsprechend stark von universellen Wertvorstellungen geformt (Kertzer et al. 2014; Rathbun et al. 2016).²³

Dass die U.S.-amerikanische Ausprägung multilateraler Grundüberzeugungen europäischen Konzeptionen nur entfernt ähnelt, dürfte an der unterschiedlichen Bedeutung liegen, die Verbündeten auf beiden Kontinenten beigemessen wird. Die Vereinigten Staaten kommen dank ihrer wirtschaftlichen und militärischen Stärke und geschützt durch zwei Ozeane gut ohne fremde Hilfe zurecht. Für die meisten Länder Europas jedoch ist eine unilaterale Außenpolitik ohne enge Abstimmung mit Nachbarn und Verbündeten keine ernsthafte Option. Zu Zeiten des

23 Von einem moralischen Blickwinkel aus erweisen sich die Sorge um das Wohlergehen anderer sowie Erwägungen zu Fairness und Reziprozität als eng verknüpft mit multilateralen Grundüberzeugungen (Kertzer et al. 2014). Unter den Schwartz-Werten sind es vor allem universalistische Wertvorstellungen, die multilaterale Orientierungen beeinflussen (Rathbun et al. 2016).

Kalten Kriegs ließ sich vielerorts nicht einmal die territoriale Integrität ohne Einbindung in eine Allianz garantieren. Daher sind multilaterale Überzeugungen in Europa in erster Linie mit der Frage nach dem Verhältnis zu den Verbündeten befasst. In den USA wird stattdessen humanitären und über enge Beziehungen zu Verbündeten hinausgehenden Aspekten größerer Raum eingeräumt (vgl. Ruggie 1992).

Alles in allem erscheint eine dreidimensionale Strukturierung durch die Grundüberzeugungen Multilateralismus, Militarismus und Internationalismus durchaus angemessen. Dies legen die Rückschlüsse auf den Kern außen- und sicherheitspolitischer Grundhaltungen nahe, die sich durch den Vergleich der Strukturierungen in den USA der 1980er Jahre mit jüngeren, auch aus anderen Ländern stammenden Befunden ergeben. Multilaterale Grundhaltungen drücken Einstellungen zu internationaler Kooperation und Solidarität ihren Stempel auf. Militaristische Orientierungen formen Haltungen zur Legitimität und Effektivität von Gewalt als Mittel der internationalen Politik. Und internationalistische Überzeugungen prägen die Intensität der Verfolgung internationaler Zielsetzungen. Welchen Einfluss die drei Orientierungen aber im Einzelnen genau ausüben, ist von den zeitgeschichtlichen Umständen, vor allem aber vom nationalen Kontext abhängig.

2.3 Strategische Kulturen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien

Die Annahme, Denken über außen- und sicherheitspolitische Fragen gehe in allen Ländern mehr oder minder gleich vonstatten, hat ihre Entsprechung auch in der Forschung zu internationalen Beziehungen. Insbesondere für Realisten spielen kulturelle Eigenheiten verschiedener Länder eine zu vernachlässigende Rolle. Staaten werden stattdessen als einheitliche, rationale Akteure verstanden, die in einer anarchischen Umwelt nach Mehrung ihrer Macht trachten (Grieco 1988; Waltz 1993; Mearsheimer 1994; Mastanduno 1997, 50). Eine Schule der internationalen Beziehungen, die sich intensiv mit der kulturellen Prägung von Außen- und Sicherheitspolitiken befasst, stellen aber konstruktivistische Ansätze dar (z.B. Wendt 1992; Katzenstein 1996; Checkel 1998; Finnemore/Sikkink 1998). Materielle Fähigkeiten eines Staates und die Struktur des internationalen Systems wirken nach dieser Auffassung nicht unvermittelt auf die handelnden Akteure und geben vermeintlich rationale Entscheidungen vor. Entscheidend ist vielmehr, wie Fähigkeiten und Struktur von den außenpolitischen Eliten wahrgenommen und welche Optionen internationalen Handelns als zulässig angesehen werden (vgl. Hemmer/Katzenstein 2002). Diese Wahrnehmungen wiederum

unterscheiden sich zwischen Ländern, vor allem in Abhängigkeit der historischen Erfahrungen. Denn diese schlagen sich auf die Grundüberzeugungen der außenpolitischen Eliten, aber auch auf Institutionen und Prozesse nieder und geben so den außen- und sicherheitspolitischen Handlungsspielraum eines Landes vor (vgl. Duffield 1999; Meyer 2005). Diese durch nationale Kontexte gefärbten Wahrnehmungen werden als strategische Kultur eines Landes bezeichnet (siehe Johnston 1995; Gray 1999).

Als Kondensat der historischen Erfahrungen einer politischen Gemeinschaft sind strategische Kulturen zwar nicht unveränderlich, aber doch von sehr dauerhafter Natur (siehe Lantis 2002a, 109). Denn auf Grund der festen Verankerung in den individuellen Überzeugungen außenpolitischer Eliten, in gesellschaftlichen Normen und politischen Prozessen sind grundlegende, sich rasch vollziehende Veränderungen der strategischen Kultur eines Landes allenfalls angesichts verheerender Ereignisse zu erwarten (Hyde-Price 2004; Longhurst 2004). Auch der Einfluss der Bevölkerung, deren außen- und sicherheitspolitische Grundüberzeugungen von der strategischen Kultur eines Landes geprägt werden, wirkt sich stabilisierend aus, führen Verletzungen der gängigen Normen doch zu möglichen Abstrafungen an den Wahlurnen.

Allerdings sind strategische Kulturen keinesfalls statisch. Vielmehr findet ein stetiger Wandel in Anpassung an veränderte internationale Rahmenbedingungen und innenpolitische Entwicklungen statt (Kier 1995; Lantis 2002a; Pirani 2016). Beispielhaft zu nennen sind hier besonders die Erfahrungen auf dem Balkan in den 1990er Jahren. Bei Teilen der außenpolitischen Eliten in verschiedenen europäischen Ländern haben diese zu einer veränderten Akzentuierung der Bestandteile der nationalen strategischen Kultur geführt (Lantis 2002b; Rathbun 2004; Meyer 2005, 540). Solche Veränderungen betreffen aber nicht die elementarsten Aspekte einer strategischen Kultur, sondern stellen Anpassungen dar, um die strategische Kultur mit einer veränderten Umwelt in Einklang zu bringen (Longhurst 2004, 20; Pirani 2016, 513-514).²⁴ Fundamentale Veränderungen, die die strategische Kultur von Grund auf umkrempeln, sind angesichts der Vielzahl an Beharrungskräften nur bei sehr gewichtigen externen Schocks zu erwarten.

Was aber unter einer strategischen Kultur als Konzept eigentlich zu verstehen ist, unterliegt einigen Schwankungen. Johnston (1995) identifiziert für die Forschung zu strategischen Kulturen drei relevante Generationen. Die erste Generation begreift strategische Kultur als weitumfassenden Kontext, die zweite beschäftigt sich vornehmlich mit der Diskrepanz zwischen dem symbolischen Elitendiskurs und den tatsächlichen Motiven sicherheitspolitischen Handelns, wäh-

24 Insofern entspricht das Verhalten der außenpolitischen Eliten dem von Wissenschaftlern, die die fundamentalen Prinzipien ihres Forschungsprogramms vor gegenläufiger Evidenz durch einen veränderlichen Schutzgürtel aus Zusatzannahmen abzuschirmen suchen (Lakatos 1974).

rend die dritte Generation von Forschern strategische Kultur von anderen erklärenden Variablen abzugrenzen und empirisch besser greifbar zu machen sucht (siehe auch Gray 1999; Johnston 1999; Poore 2003). Maßgeblich ist die Kontroverse zwischen Vertretern der ersten und der dritten Generation (Gray 1999; Johnston 1999). Während Gray (1999) strategische Kulturen in erster Linie als Kontext begreift, der auch das Verhalten von Staaten umfasst und so verständlich machen will, zielt Johnston (1995, 1999) durch die Trennung von strategischer Kultur und daraus resultierendem Verhalten auf falsifizierbare und nicht-tautologische Vorhersagen ab (siehe auch Poore 2003; Biava et al. 2011, 1228).

Um das Konzept strategischer Kulturen zur Erklärung von Unterschieden außen- und sicherheitspolitischer Bevölkerungseinstellungen über verschiedene Länder hinweg nutzbar machen zu können, ist sicherlich keine der beiden Extrempositionen geeignet. Der Versuch Johnstons (1995), durch eine sehr enggesteckte Auffassung zu falsifizierbaren Vorhersagen zu gelangen, ist an und für sich sehr begrüßenswert. Das Ergebnis seiner Bemühungen hat jedoch nicht mehr viel mit dem gemein, was man landläufig unter dem doch recht breit gefassten Begriff "Kultur" versteht (vgl. Meyer 2005, 527). Wenn aber stattdessen strategische Kulturen mit verschiedensten Bedeutungen aufgeladen werden, um damit alles Mögliche erklären zu wollen, wird der Erkenntnisfortschritt am Ende ebenso mager ausfallen (Giegerich 2006, 38).

Damit im Folgenden strategische Kulturen als Konzept greifbar werden, wird in dieser Arbeit auf die von Meyer (2005, 528) vorgeschlagene Definition strategischer Kultur zurückgegriffen. Strategische Kultur wird verstanden als Bündel von Normen, Ideen und Verhaltensweisen, die in der Identität eines Landes verwurzelt sind und die Auswahl möglicher Handlungsoptionen leiten. Diese Normen und Ideen werden von einer breiten Mehrheit unter den außen- und sicherheitspolitischen Eliten eines Landes geteilt und bilden die Grundlage ihrer außen- und sicherheitspolitischen Kommunikation mit der Öffentlichkeit.²⁵ Dass

25 Eliten stehen bei der Untersuchung strategischer Kulturen nur deshalb im Vordergrund, da sie sich häufiger mit außen- und sicherheitspolitischen Fragen befassen, sich der strategischen Kultur ihres Landes stärker bewusst sind und sie den politischen Diskurs maßgeblich prägen (Longhurst 2004, 22). Damit soll aber nicht impliziert werden, dass strategische Kulturen auf der Bevölkerungsebene nicht oder allenfalls indirekt durch eine jeweils kurzfristige Übernahme von Elitenpositionen präsent sind. Wie bei Eliten auch findet die strategische Kultur in Form von entsprechend ausgestalteten Grundüberzeugungen bei einfachen Bürgerinnen und Bürgern während der politischen Sozialisation ihren Niederschlag. Einen eindeutig kausalen Einfluss von der Eliten- auf die Bevölkerungsebene kann man allenfalls in der formativen Phase einer strategischen Kultur beobachten, wenn nach einem verheerenden Ereignis von den Eliten eine neue Kultur erdacht werden muss. Ansonsten stehen Bevölkerung und Eliten in einem Verhältnis wechselseitiger Anpassung. Eliten liefern neue, mitunter auch voneinander abweichende Interpretationen der strategischen Kultur in Anpassung an eine sich wandelnde Umwelt (vgl. Rathbun 2004; Meyer

die einer strategischen Kultur zu Grunde liegenden Normen als ihr am wenigsten wandelbarer Bestandteil (Katzenstein 1996; Meyer 2005, 529) bei vielen Autoren eine unbestreitbare Ähnlichkeit mit den auf der Individualebene gefundenen Grundüberzeugungen aufweisen, ist sicherlich kein Zufall (z.B. Giegerich 2006; Meyer 2006; Jonas/von Ondarza 2010). So wie bereichsspezifische Grundorientierungen eine große Zahl an Einstellungen anleiten können müssen, so muss die strategische Kultur eines Landes Antworten auf vielfältigste Herausforderungen bereithalten. Und auf welcher anderen Basis als ihren bereichsspezifischen Überzeugungen sollten Eliten in der formativen Phase einer strategischen Kultur diese auch entwickeln?

Ansätze, die sich vergleichend den strategischen Kulturen in Europa nähern (Meyer 2005, 2006; Giegerich 2006; Jonas/von Ondarza 2010; Biehl et al. 2013b), weisen daher drei Gemeinsamkeiten auf. Erstens die Betonung des Unterschieds zwischen unilateralen und kooperativen Formen der Konfliktbewältigung, inwieweit Staaten also bereit sind, Ressourcen und Entscheidungskompetenzen zu Lasten nationaler Entscheidungsfreiheit und Flexibilität mit anderen Ländern zu teilen. Im europäischen Fall lässt sich diese Multilateralismus-Norm darüber hinaus in eine transatlantische und eine europäische Orientierung unterscheiden. Zweitens unterscheiden alle Autoren die von ihnen untersuchten Länder danach, in welchem Maße sie militärische Mittel im Verhältnis zu zivilen Mitteln in den internationalen Beziehungen einzusetzen bereit sind. Drittens lassen sich die Länder nach ihrer Bereitschaft differenzieren, international gestaltend aktiv zu werden.²⁶

2005, 529), wobei ihr Spielraum durch die auf der Bevölkerungsebene verankerten Grundhaltungen beschränkt wird (Longhurst 2004, 22).

- 26 Ob die Zahl der Freiheitsgrade der Exekutive, die Jonas und von Ondarza (2010) sowie Biehl et al. (2013b) als weitere Dimension identifizieren, eine eigene außen- und sicherheitspolitische Norm darstellt, erscheint allerdings fraglich. So zielt sie nicht auf die äußere Umwelt ab, sondern befasst sich mit der Frage nach der innenpolitischen Ausgestaltung außenpolitischer Entscheidungsfindung, und nicht mit den Entscheidungen selbst. Bei Meyer (2005, 2006) stellt sich die Frage, ob die internationalen Hürden, die im Vorfeld des Einsatzes militärischer Gewalt genommen werden müssen, nicht schon durch die verschiedenen Formen der Kooperation abgedeckt sind. Länder, die auf die Einbindung internationaler Institutionen bestehen und der Beachtung des Völkerrechts großen Wert beimessen, werden höhere Legitimationsmaßstäbe anlegen als Länder, die zu unilateralem Handeln bereit sind. Was von der Dimension dann bleibt, sind ebenfalls eher innenpolitische Schwellen, die genommen werden müssen. Daher wird im Folgenden ausschließlich Bezug auf die drei verbleibenden Dimensionen genommen. Eine gewisse Bedeutung erlangt diese vierte Dimension allerdings hinsichtlich der Verbindung zwischen Eliten und breiter Bevölkerung. In Ländern, in denen außen- und sicherheitspolitische Fragen Gegenstand der parteipolitischen Auseinandersetzung sind, besteht ein wesentlich höherer Anreiz, die Bürger von der eigenen Politik oder sogar den strategischen Rahmenbedingungen zu überzeugen. Wo die Exekutive aber weitgehend unbehelligt vom Parlament außen- und sicherheitspolitische Handlungsfreiheit genießt, entfällt die Notwendigkeit, die Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen. Insofern ist zu erwarten, dass dort die Übereinstimmung zwischen strategischer Kultur und

Entlang dieser drei Linien lassen sich erhebliche Unterschiede zwischen der deutschen, französischen und britischen strategischen Kultur feststellen. Deutschlands Kultur ist erheblich antimilitaristischer als diejenigen Frankreichs und Großbritanniens. Sie lässt auch wie die britische jenes unilaterale Moment vermissen, das der französischen zu eigen ist. Hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung multilateraler Überzeugungen nimmt Deutschland eine Mittelstellung zwischen den beiden anderen Ländern ein. Denn Frankreich sieht die Macht der Vereinigten Staaten sehr skeptisch und strebt nach einem europäischen Gegengewicht. Großbritannien indessen begreift Schritte in Richtung einer stärker integrierten europäischen Außen- und Sicherheitspolitik als mögliche Bedrohung des engen transatlantischen Verhältnisses und der NATO. Frankreich hat zudem den Anspruch, ordnend und gestaltend, durchaus mit zivilisatorischen Zielsetzungen, in der Welt aufzutreten. Großbritannien verfolgt eine wesentlich pragmatischere, vor allem den eigenen ökonomischen Interessen dienliche, aber gleichwohl aktive Außenpolitik. Deutschland schließlich will in erster Linie als berechenbarer und verlässlicher Partner erscheinen, was mit einer grundsätzlichen Zurückhaltung in internationalen Belangen einhergeht.

Die Ursachen für diese recht unterschiedlichen außen- und sicherheitspolitischen Grundausrichtungen der drei Länder lassen sich in der formativen Phase der jeweiligen strategischen Kultur finden. Quelle des bundesrepublikanischen außenpolitischen Selbstverständnisses ist die historische Schuld, die das Land während des Zweiten Weltkriegs und des Holocausts auf sich geladen hat. Mit Hilfe der von Grund auf neu entwickelten strategischen Kultur grenzte man sich von der eigenen Vergangenheit so weit wie möglich ab (vgl. Marcussen et al. 1999, 622). Ihren außen- und sicherheitspolitischen Ausdruck fand dieses Bestreben in der festen Integration der Bundeswehr in die NATO sowie ihrer Beschränkung auf die Verteidigung des NATO-Territoriums. Entscheidend für die außenpolitische Strategie waren Konfliktprevention und Abschreckung, offen ausgetragene militärische Auseinandersetzungen galt es um jeden Preis zu vermeiden (Hyde-Price/Jeffery 2001, 703; Berger 2002, 179). Außenpolitik wurde daher vorrangig mit zivilen und auch wirtschaftlichen Mitteln, keinesfalls aber mit militärischen betrieben (Noetzel/Schreer 2008, 212; Link 2015). Das Militär war nicht länger eine Verkörperung nationaler Identität oder nationalen Stolzes (Longhurst 2004, 46). Die Vorbehalte gegenüber allem Militärisch-Kriegesischem gingen sogar so weit, dass von vielen Frieden als absolutes Ziel angesehen wurde. Von diesem durfte auch nicht um der Erlangung anderer Ziele wie

den in der Masse der Bevölkerung verbreiteten Grundhaltungen geringer ist als in Ländern, in denen das Parlament größeren Einfluss auf die Außen- und Sicherheitspolitik ausübt (vgl. Risse-Kappen 1991).

der Herstellung von Gerechtigkeit oder der Durchsetzung des Völkerrechts willen abgerückt werden (Duffield 1999, 780).

Weiterhin zeichnete sich die strategische Kultur der Bundesrepublik durch einen zurückhaltenden außenpolitischen Stil und die feste Einbindung auch in andere inter- und supranationale Organisationen wie etwa der EG aus (Schwelling 2007, 102). Nationale Alleingänge oder Sonderwege wurden als äußerst schädlich angesehen, da sie in die diplomatische Isolation führen und Unsicherheit und Konflikte heraufbeschwören könnten (Duffield 1999, 781). Materielle Interessen spielten zudem im politischen Diskurs eine viel weniger wichtige Rolle als in anderen westlichen Demokratien, und stets wurde darauf geachtet, diese Interessen in einem multinationalen Kontext zu begründen (Gordon 1994, 228; Longhurst 2004, 47). Eine multilaterale Ausrichtung der Bundesrepublik wurde aber nicht nur als den Interessen Deutschlands als besonders zuträglich angesehen, da eine solche Politik die Sorgen und Ängste der Nachbarn abzubauen half. Sie wurde mit der Zeit für viele Eliten auch zu einem Ziel an sich (Duffield 1999, 782; Berger 2002, 179). Eng damit verbunden war das Bestreben, möglichst berechenbar aufzutreten und als verlässlicher und wohlwollender Partner zu gelten, was sich auch in einer besonderen Betonung der legitimitätsstiftenden Wirkung des Völkerrechts äußerte (Duffield 1999, 782; Berger 2002, 180; Hellmann et al. 2007, 25; Krotz 2015, 63).

Verkompliziert wurde das deutsche Bedürfnis nach multilateraler Zusammenarbeit durch das Bestreben, sowohl mit den USA (und Großbritannien) als auch Frankreich beste Beziehungen zu pflegen (Krotz 2015, 87). Da aber Paris und Washington oft nur mehr schlecht als recht miteinander auskamen, sah sich Deutschland bisweilen in die Rolle eines Vermittlers gedrängt, wo es eigentlich nichts zu vermitteln gab (Haftendorn 1999, 2). In Frankreich sah man daher den bevorzugten Partner bei der Entwicklung der europäischen Integration, während die USA als Verbündeter in sicherheitspolitischen Fragen als unerlässlich galten. Die Notwendigkeit, sich zu einer transatlantischen oder einer europäischen Lösung für die Sicherheitsarchitektur Europas zu bekennen, wurde Deutschland aber ohnehin für lange Zeit durch die Blockade einer europäischen sicherheitspolitischen Dimension durch den britisch-französischen Antagonismus in dieser Frage erspart (Jonas/von Ondarza 2010, 118).

Mit dem Ende des Kalten Kriegs und der irakischen Besetzung Kuwaits wurde aber die bislang eher unterschwellige Spannung zwischen Antimilitarismus und Multilateralismus durch die Kritik der Verbündeten an der militärischen Zurückhaltung der Bundesrepublik äußerst salient und Gegenstand innenpolitischer Diskussionen (siehe Mader 2017). So erwarteten die Verbündeten vom wiedervereinigten Deutschland die Übernahme größerer Verantwortung in der internationalen Politik (Berger 2002, 185). Ein Gesuch der Amerikaner zur Ent-

sendung von Bundeswehreinheiten lehnte die schwarz-gelbe Bundesregierung nach anfänglichem Zögern aber ab. Zu schwerwiegend erschien die Verletzung der Antimilitarismus-Norm. In der Folge war die Kohl-Regierung jedoch bestrebt, den Einsatzraum der Bundeswehr über das NATO-Gebiet hinaus zu erweitern, um den Ansprüchen der Verbündeten zu genügen und die Stabilität der multilateralen Sicherheitsarchitektur zu gewährleisten (Baumann/Hellmann 2001, 71; Berger 2002, 186).

Der erste NATO-Einsatz mit bedeutsamer deutscher Beteiligung ließ nicht lange auf sich warten. Unter dem Eindruck des Massakers von Srebrenica befürworteten nicht nur Kräfte, die eine Normalisierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der westlichen Institutionen wünschten, einen Einsatz der Bundeswehr. Auch Antimilitaristen auf der Linken hofften auf diese Weise einen neuerlichen Völkermord zu verhindern (Baumann/Hellmann 2001, 74). Ihren Höhepunkt erreichte die Anpassung der strategischen Kultur Deutschlands im Spannungsfeld von antimilitaristischen, multilateralen und humanitären Erwägungen aber mit dem Kosovokrieg (vgl. Rathbun 2004). Angesichts der erwarteten Vertreibung der albanischen Bevölkerung aus dem Kosovo und der sich dadurch abzeichnenden humanitären Katastrophe beschloss die neugewählte rot-grüne Bundesregierung die Teilnahme an den NATO-Luftschlägen gegen Serbien und damit den ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr – und das, obwohl keine Legitimierung der Angriffe durch den UN-Sicherheitsrat gegeben war. Humanitäre Erwägungen und das Bekenntnis zur Bündnistreue überwogen in diesem Fall antimilitaristische Überzeugungen und die Betonung der Verbindlichkeit des Völkerrechts. Eine grundsätzliche Abkehr von der bisherigen strategischen Kultur der Bundesrepublik stellt diese Entscheidung jedoch nicht dar, obschon sich die Prinzipien zum Einsatz der Bundeswehr binnen kurzer Zeit beträchtlich geändert haben (Lantis 2002b; Miskimmon 2009, 563). Nach wie vor sind Multilateralismus und Antimilitarismus die kennzeichnenden Normen der deutschen strategischen Kultur, auch wenn die multilaterale Orientierung bisweilen die antimilitaristische Ausprägung überwiegt.

Grundpfeiler der französischen strategischen Kultur sind das Streben nach außen- und sicherheitspolitischer Unabhängigkeit einerseits, und einer eigenständigen europäischen Sicherheitsarchitektur als Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten andererseits. Im Gegensatz zur Bundesrepublik, deren strategische Kultur fast ausnahmslos auf den Erfahrungen des Aufstiegs und der Herrschaft des Nationalsozialismus beruht, reichen die Wurzeln der französischen strategischen Kultur weiter in die Geschichte zurück (Krotz 2015, 43-44). Die Entwicklung der gegenwärtigen strategischen Kultur Frankreichs ist aber vor allem mit einem Namen verbunden, nämlich dem Charles de Gaulles. Dieser fasste die verschiedenen außenpolitischen Traditionen Frankreichs zu einem kohärenten Ganzen

zusammen und prägte so die nach wie vor bestimmenden Prinzipien der französischen Außenpolitik (Gordon 1993, 6).

Zentrales Anliegen de Gaulles war es, Frankreichs *rang* und *grandeur* wiederherzustellen (Treacher 2003, 28; Vaïsse 2009; Krotz 2015, 69). Denn Frankreich gehörte nach der militärischen und moralischen Niederlage im Zweiten Weltkrieg lediglich nominell zu den Siegermächten, so dass vom früheren Nimbus einer globalen Großmacht nicht mehr viel übrig war. Stattdessen musste sich Frankreich in eine internationale Ordnung einfügen, die unbedingte Solidarität mit den Verbündeten einforderte und den internationalen Status Frankreichs empfindlich schmälerte, trotz eines Sitzes im UN-Sicherheitsrat (Treacher 2003, 29). Als notwendige Voraussetzung für die Wiederherstellung von Rang und Einfluss wurde daher die Fähigkeit angesehen, unabhängig von anderen Staaten die nationale Sicherheit gewährleisten und Frankreichs Interessen international durchsetzen zu können.

Nachdem die Gefahr eines neuerlichen Großmachtstrebens Deutschlands durch dessen Westbindung wirksam eingedämmt war und die Sowjetunion von französischen Planern nicht als unmittelbare Bedrohung angesehen wurde, eröffneten sich für Frankreich neue Möglichkeiten, seine einstige Stellung in der Welt durch eine Politik der Unabhängigkeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen wiederherzustellen (Treacher 2003, 30). Als unabdingbar hierfür wurde das Aufbrechen der bipolaren Weltordnung angesehen. Insbesondere durch eine Positionierung Frankreichs zwischen West und Ost sollte sich der außen- und sicherheitspolitische Spielraum Frankreichs erheblich vergrößern (Treacher 2003, 31; Krotz/Sperling 2011, 312). Der Erreichung dieses Ziels dienten auch die Entwicklung der französischen Atomwaffe und der Rückzug aus den militärischen Strukturen der NATO (Menon 1994, 76). Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern lehrten die Erfahrungen des Ersten und Zweiten Weltkriegs die Franzosen ohnehin, sich nur bedingt auf die Unterstützung durch Verbündete (und auf Amerikaner und Briten im Speziellen) als zentralem Element der eignen Landesverteidigung zu verlassen (vgl. Mendl 1970, 70; Menon 1995b, 20; Treacher 2003, 31).

Allerdings kam auch Frankreich schon bald nicht umhin, sich wirtschaftlichen Notwendigkeiten und geostrategischen Realitäten zu beugen. Daher begann man die bislang für Frankreich vorgesehene Rolle als einflussreichen und angesehenen Akteur im internationalen System noch während des Kalten Kriegs auf Westeuropa zu übertragen (Treacher 2003, 39). Damit bewegte man sich durchaus im Rahmen des gaullistischen Erbes. Denn für de Gaulle waren *rang* und *grandeur* nicht allein durch nationale Autonomie in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen zu erreichen. Wirkliche Sicherheit für Frankreich ließe sich seiner Ansicht nach nur innerhalb einer weitergefassten (west-) europäi-

schen Sicherheitsarchitektur erreichen, in der Frankreich bevorzugt die dominante Rolle spielt (Howorth 1996, 17-18). Europa sollte dabei ein Gegengewicht zu den USA bilden, aber durch die Stärkung der europäischen Säule gleichzeitig die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit der transatlantischen Allianz sicherstellen (Howorth 1996, 18). Letzten Endes stand Frankreich mit seiner Vision einer stärkeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit unter den europäischen Partnern ziemlich alleine da (vgl. Treacher 2001, 30). Briten und Deutsche begegneten den Plänen einer europäischen "Supermacht", die sich aus der Westeuropäischen Union entwickeln sollte, ausgesprochen zurückhaltend. Zugleich entspannte sich das französisch-amerikanische Verhältnis zusehends, weshalb den Plänen kein großer Erfolg beschieden war (Howorth 1996, 32).

Ein weiteres Element der Wiederherstellung nationaler Größe und Einfluss stellt die weltweite Durchsetzung und Verteidigung universeller Werte dar (Tertrais 2013, 54; Treacher 2013, 55-56), so wie es sich für das "Land der Menschenrechte" gebührt (Irondelle/Schmitt 2013, 126). Sowohl das Ziel, Menschenrechte durchzusetzen, als auch das Streben nach Größe an sich gehen dabei mit einem deutlichen internationalen Gestaltungswillen einher. So will man nicht zuletzt dem eigenen Selbstbild, das sich nach wie vor aus der eigenen Vergangenheit einer globalen Macht speist, gerecht werden (Krotz 2015, 68). Dieser Anspruch droht aber auf Grund der damit zusammenhängenden starken Betonung multilateraler Kooperation schnell in Widerspruch zum französischen Streben nach außenpolitischer Unabhängigkeit zu geraten (Bowen 2005, 95; Tardy 2007, 25; Meunier 2008, 243; Irondelle/Schmitt 2013, 125). Auch kommt es leicht zu Konflikten mit den universalistischen Bestrebungen der USA, die auf anders gelagerten republikanischen Wertvorstellungen beruhen (Hoffmann 2000; Hellman 2011, 55; Krotz/Sperling 2011, 305; Alarcón 2014).²⁷

Einen Schub für die Wiederherstellung von Rang und Größe erhofft sich Frankreich auch von den Vereinten Nationen. Noch zu Zeiten des Kalten Kriegs galten UN-Friedensmissionen als wenig dienlich für die nationalen Interessen Frankreichs. Nun stellen sie sich aber als geeignete Möglichkeit dar, Frankreichs Ansehen in der Welt zu fördern und seiner Außergewöhnlichkeit Ausdruck zu verleihen (Tardy 1999; Giegerich 2006, 81). Insbesondere der ständige Sitz im UN-Sicherheitsrat unterstreicht Frankreichs Anspruch Gewicht, eine der führenden Nationen in der Welt zu sein (Tardy 2007, 35).

Angesichts des Selbstbilds einer Großmacht, die weltweit gestaltend einzugreifen vermag, verwundert die Selbstverständlichkeit prestigeträchtiger Waffensysteme und einer für alle Einsatzarten gerüsteten Armee nicht (Krotz 2015,

27 Der U.S.-amerikanische Universalismus betont die Rechte des Individuums, während im französischen Republikanismus der *volonté générale* über den Rechten des Einzelnen steht (Hoffmann 2000, 66).

106). So leistete sich Frankreich lange Zeit eine nukleare Triade und untermauert seinen globalen Anspruch mit dem Unterhalt von Flugzeugträgern, trotz der damit verbunden exorbitanten Kosten. Entgegen der offiziellen Rhetorik, die die Anwendung von Gewalt natürlich nur als letzten Ausweg bezeichnet, betrachtet Frankreich seine Streitkräfte als wichtigstes Mittel, um seine Ziele im Bereich der Sicherheitspolitik und letztlich auch die Wiederherstellung seiner nationalen Größe zu erreichen (Treacher 2003, 103; Irondelle/Schmitt 2013, 133). Ganz im Gegensatz zu Deutschland sind das Militär und auch der Einsatz militärischer Gewalt dabei fester Bestandteil der französischen Identität (Treacher 2003, 12).

Das Ende des Kalten Kriegs und die Erfahrungen im Zweiten Golfkrieg machten den außenpolitischen Eliten Frankreichs aber noch deutlicher bewusst, dass das Streben nach außen- und sicherheitspolitischer Autonomie immer weniger den Interessen Frankreichs gerecht wurde (Menon 2000, 49; Giegerich 2006, 80). Vor allem der Machtzuwachs der Bundesrepublik und der sich abzeichnende umfangreiche Abzug amerikanischer Truppen aus Europa veranlassten Frankreich, eine stärkere Integration der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu fordern, bis hin zu einer Europäisierung der französischen Atomstreitkräfte (Menon 1995b, 22-23; Howorth 1997, 43; Meyer 2006, 64). Das übergeordnete Ziel war aber weiterhin die Schaffung einer multipolaren Weltordnung, in der Europa dem amerikanischen Übergewicht etwas entgegenzusetzen hatte (vgl. Howorth 2013, 251-252; Krotz 2015, 83). Was Frankreich nicht alleine zu leisten vermochte, sollte über den Umweg Europa verwirklicht werden (vgl. Treacher 2001; Giegerich 2006, 80). Dem entgegen stand aber die Außenseiterrolle Frankreichs in der NATO. Während des Kalten Kriegs hatte sie dem Land zwar zusätzliche Einflussmöglichkeiten verschafft. Nun schloss sie Frankreich aber aus den Debatten um die Neustrukturierung der NATO aus und minderte damit auch die Einflussmöglichkeiten auf die Neugestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur (Menon 2000, 65). Daher erscheint die vollständige Reintegration Frankreichs in die militärischen Strukturen der NATO und die Aufgabe der Außenseiterrolle aus dem Kalten Krieg nur folgerichtig (Fortmann et al. 2010).

Die britische strategische Kultur unterscheidet sich von der französischen in vielerlei Hinsicht. Ihre besonderen Merkmale sind ein ausgeprägter Pragmatismus bei der Ausfüllung der selbstverordneten Rolle als globaler Gestaltungsmacht, ein eher instrumentelles Verständnis vom Krieg, eine ausgesprochene Reserviertheit gegenüber dem europäischen Kontinent und die Auffassung, mit den Vereinigten Staaten auf besondere Weise eng verbunden zu sein. Verglichen mit Deutschland und Frankreich haben die beiden Weltkriege die britische strategische Kultur weit weniger geprägt (Hyde-Price 2004, 326). Überhaupt liegen die jüngsten britischen Erfahrungen einer ausländischen Invasion und Besetzung

des Landes und der damit einhergehenden großflächigen Zerstörungen weit in der Vergangenheit (Meyer 2006, 48). Ausschlaggebend für die britische strategische Kultur sind stattdessen zum einen die jahrhundertelange Erfahrung als Seemacht, die in fernen Weltgegenden operierte und auf ein Heer zur Landesverteidigung weitgehend verzichten konnte, und zum anderen Sehnsüchte nach dem einstigen Empire (Macmillan 1995).

In den internationalen Beziehungen versteht sich Großbritannien als Akteur, der global seinen Einfluss zur Friedenserhaltung und Krisenbewältigung geltend machen will. Dieses Bedürfnis speist sich aus einem Gefühl der Verantwortung infolge der kolonialen Vergangenheit des Landes und des ständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat, sowie aus dem Drang, gegen den unaufhaltsamen Abstieg in die Reihe der Mittelmächte anzukämpfen (Miskimmon 2004, 281; Giegerich 2006, 74). Allerdings geht es Großbritannien, anders als Frankreich, weniger um die Durchsetzung seiner zivilisatorischen Wertvorstellungen, als um die Wahrung seiner eng definierten nationalen Interessen und der Aufrechterhaltung des Status Quo (Clarke 1998, 126; Daddow 2015, 304). Die Außenpolitik des Königreichs ist daher wenig prinzipiengeleitet, sondern erfolgt eher unter pragmatischen Gesichtspunkten und äußerst flexibel (Cornish 2013; White 2013, 30).

Bedingt durch seine geographische Lage ist das Verhältnis Großbritanniens zum Krieg auch ein anderes als in anderen europäischen Ländern. Ob man sich im Krieg befindet und wie man im Konfliktfall reagiert, darüber konnte die britische Regierung für gewöhnlich frei entscheiden. Einen objektiven Kriegszustand wie in anderen Ländern, der sich im Überqueren der Grenze durch feindliche Truppen äußert, gab es durch die Insellage des Landes schlichtweg nicht – von deutschen Luftangriffen einmal abgesehen (Chuter 1997, 109; Giegerich 2006, 74). Auch ein verlorener Krieg war im Gegensatz zu den kontinental-europäischen Ländern daher keine direkte Bedrohung für die nationale Integrität des Landes, was Entscheidungen für einen Krieg weniger schwerwiegend erscheinen ließ. Dies schlug sich in einer von den kontinentalen Nachbarn abweichenden Konzeption der Streitkräfte nieder. Wesentlich für die Sicherheit des Landes war nicht das Heer, sondern die Marine. Die Hauptaufgabe der Landstreitkräfte bestand dementsprechend nicht in der Vorbereitung der Abwehr einer Invasion, sondern in Einsätzen fern der Heimat, die auch in der jüngeren britischen Geschichte sehr zahlreich waren (Chuter 1997, 108; Wallace 2005).

Die geographische Lage wirkt sich auch in anderer Hinsicht auf das Selbstverständnis des Landes aus. Als Inselnation und Herz eines ehemals weltumspannenden Imperiums betrachtet sich das Land nicht als Teil Europas, sondern eher als Nation auf halbem Wege zwischen Europa und Nordamerika. Das Land fungiert sozusagen als transatlantische Brücke – zunehmend aber weder zur Zufriedenheit der amerikanischen noch der europäischen Seite (Marcussen et al. 1999;

Kirchner 2002, 41; Wallace 2005). Die NATO ist als zentrale Instanz transatlantischer Kooperation und als Rückgrat der britischen Sicherheit wohlgeleitet. Auf mögliche Souveränitätsübertragungen in Richtung Brüssel reagieren jedoch große Teile der Eliten und der Bevölkerung mit vehementer Ablehnung, einhergehend mit einem Bedürfnis nach einer verstärkten Hinwendung zur englischsprachigen Welt (Miskimmon 2004; Gifford 2006; Wellings 2016).

So ist die unmittelbare Zusammenarbeit mit den USA wesentlich herzlicher als die Kooperation mit anderen europäischen Staaten oder gar mit der EU selbst (vgl. Kirchner 2002, 41; Daddow 2013b, 221; Wallace 1991, 72). Zumindest nach britischer Auffassung verbindet das Königreich mit den USA eine *special relationship*, die sich in besonders engen Beziehungen gerade im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik niederschlägt (Coker 1992; Wallace 2005; Wallace/Phillips 2009). Die britischen Atomwaffen untermauern letztlich nicht nur das Selbstverständnis Großbritanniens als einer "Macht des Guten" in der Welt, sie dienen zudem als weiterer Ausweis der *special relationship* mit den Vereinigten Staaten (Freedman 1995, 147; Miskimmon 2004, 276; Ritchie 2013, 155; White 2013). Gleichwohl hat auch die *special relationship* eine pragmatische Seite. Die enge Partnerschaft mit den USA verhilft Großbritannien nach wie vor zu einem Einfluss in der Welt, der dem Land in Anbetracht seiner Größe kaum noch zusteht (Chuter 1997, 114; Clarke 1998, 126).

Letztlich ist aber auch Großbritannien mehr oder minder unauflöslich mit der kontinentaleuropäischen Sicherheitsgemeinschaft verbunden (Miskimmon 2004, 277). Doch legen britische Regierungen besonderen Wert darauf, dass die europäische Zusammenarbeit in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen auf intergouvernementalen Grundlagen beruht, und nicht etwa Teil der Integrationsbemühungen anderer Länder wird (Chuter 1997, 105; Meyer 2006, 61). Insbesondere darf eine verstärkte europäische Zusammenarbeit nicht zulasten des transatlantischen Bündnisses gehen, sondern lediglich eine Stärkung der europäischen Seite im Bündnis zum Ziel haben (vgl. Clarke 1998, 128). Auch deshalb wird die bilaterale Kooperation in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bevorzugt, was sich in einer Vorliebe für eine direkte Zusammenarbeit mit Frankreich statt gesamteuropäischer Lösungen äußert (Chuter 1997, 106; Cornish 2013, 378).

In den bisherigen Ausführungen konnte bisweilen der Eindruck entstehen, die Interpretation der strategischen Kultur in den einzelnen Ländern sei weitgehend unstrittig. Tatsächlich lassen sich jedoch in vielen Ländern strategische Subkulturen finden, die jeweils andere Bestandteile der strategischen Kultur für besonders bedeutsam erachten (Longhurst 2000, 308; Biehl et al. 2013a, 12).²⁸ Hierbei

28 Die meisten Arbeiten zu strategischen Kulturen betonen dabei vor allem die Unterschiede zwischen und nicht innerhalb von Ländern. Obwohl schon Snyder (1977, 10) auf die Existenz stra-

kommt speziell den Parteien als wichtigen Trägern und maßgeblichen Gestaltern des Wandels einer strategischen Kultur eine große Bedeutung zu (Rathbun 2004). Gerade in den formativen Phasen einer strategischen Kultur finden sich Beispiele für heftige parteipolitische Auseinandersetzungen um den genauen Inhalt der strategischen Kultur. So war etwa die Westintegration der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg keineswegs unumstritten (Risse 2007, 53). Während die Christdemokraten eine Integration in die Gruppe der westeuropäischen Länder befürworteten, liebäugelten die Sozialdemokraten mit einer Rolle Deutschlands als Mittler zwischen Ost und West und Europas als "dritter Macht" – vergleichbar den Vorstellungen der französischen Sozialisten zu dieser Zeit (Marcussen et al. 1999, 623). Auch die Friedensbewegungen in Folge des NATO-Doppelbeschlusses in vielen europäischen Ländern kann man als Ausdruck einer neuentstehenden strategischen Subkultur in Abgrenzung zum bisher dominierenden Prinzip der Abschreckung verstehen (vgl. Armingeon/Schmitt 1986, 423; Schmitt 1989). Im deutschen Fall fand sie mit den Grünen sogar ihren dauerhaften Niederschlag im Parteienspektrum (vgl. Klein 1988, 144).²⁹

Der deutsche Fall illustriert am Beispiel der Grünen aber auch eindrücklich, wie strategische Subkulturen wieder in der dominanten strategischen Kultur aufgehen können. Angesichts der Gräueltaten auf dem Balkan justierten die Grünen das Verhältnis ihrer antimilitaristischen, multilateralen und humanitären Grundüberzeugungen neu aus. Im Falle einer Kollision dieser Werte können sie nun auch dem Einsatz militärischer Mittel zur Abwehr humanitärer Katastrophen zustimmen – eine Haltung, wie sie auch für die anderen Parteien zutrifft (vgl. Brunstetter/Brunstetter 2011). Heutzutage verläuft in Deutschland die sichtbarste

tegrischer Subkulturen hingewiesen hatte, werden Unterschiede innerhalb der Länder gemeinhin als nachrangig betrachtet, der herausragenden Bedeutung von politischen Akteuren bei der Interpretation der Vergangenheit und der sich aus dieser ergebenden Lehren zum Trotz (Rathbun 2004, 9-10). So waren wichtige außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen wie der NATO-Doppelbeschluss oder der dritte Golfkrieg mancherorts Gegenstand heftiger innenpolitischer Auseinandersetzungen, was auf durchaus unterschiedliche Interpretationen einer nationalen strategischen Kultur zumindest hindeutet (vgl. Everts/Isernia 2015, 43). Gäbe es nur eine dominante Auffassung von strategischer Kultur, würde man derart intensive Konflikte zumindest unter etablierten Eliten nicht erwarten.

- 29 Einen Sonderfall für das Aufeinandertreffen zweier gänzlich verschiedener Auffassungen nationaler strategischer Kultur stellt die deutsche Wiedervereinigung dar. Mit der PDS ergänzte eine Partei das politische Spektrum der Bundesrepublik, für die die NATO und die USA lange Zeit die bedeutsamsten Feindbilder darstellten. Bedingt durch die Sozialisation in einem kommunistischen System ist es daher auch nicht verwunderlich, dass Ostdeutsche westlichen Institutionen, insbesondere der NATO, nach wie vor ablehnender gegenüber eingestellt sind als Westdeutsche (Rattinger 2007). Allerdings gehen diese Unterschiede nicht so weit, dass man von der Existenz zweier gänzlich verschiedener strategischer Kulturen in Deutschland sprechen kann (vgl. Rattinger et al. 2016). Daher wird im Folgenden nur von einer einzigen deutschen strategischen Kultur ausgegangen, nämlich der bundesrepublikanischen (vgl. Giegerich 2006, 68).

Konfliktlinie in außen- und sicherheitspolitischen Grundsatzfragen daher zwischen den etablierten Parteien einerseits und der Linken andererseits. Union, SPD, Grüne und FDP vertreten die für die deutsche strategische Kultur zentralen Vorstellungen einer multilateralen und antimilitaristischen Außenpolitik, während die Linke als Nachfolgepartei der SED die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik kritisch sieht und Einsätze der Bundeswehr kategorisch ablehnt (siehe Katsioulis 2004, 246; Mader 2015a; Rattinger et al. 2016, 28-29).

Allerdings lassen sich auch zwischen den beiden Lagern der bisherigen Regierungsparteien nicht unerhebliche Unterschiede in den vertretenen Überzeugungen feststellen (vgl. Katsioulis 2004; Oppelland 2007; siehe aber Debus 2005, 422). Die beiden Mitte-rechts-Parteien CDU/CSU und FDP sehen für gewöhnlich die für einen Einsatz der Bundeswehr notwendigen Bedingungen als eher erfüllt an als SPD und Grüne. Die multilaterale Ausrichtung Deutschlands interpretieren Union und FDP in erster Linie als Ausrichtung an den westlichen Verbündeten in EU und NATO. Die beiden Parteien links der Mitte betonen stärker die multilaterale Entscheidungsfindung in den Vereinten Nationen und auch das Verhältnis zu den USA wird kritischer beäugt (siehe Rattinger et al. 2016, 172). Weitgehend einig sind sich die vier Parteien aber darin, dass Deutschland eine aktive Rolle in der Welt übernehmen soll, wenngleich sich die Vorstellungen hinsichtlich der vorrangig zu verfolgenden Ziele mitunter unterscheiden (Rathbun 2004, 2).

Verglichen mit der Bundesrepublik nehmen sich die parteipolitischen Unterschiede in der Interpretation der französischen strategischen Kultur überschaubar aus. Nach der Verfassung der V. Republik verfügt der Präsident über eine für westliche Demokratien ausgesprochen große Handlungsfreiheit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen, selbst unter den Bedingungen der *cohabitation* (Risse-Kappen 1991; La Balme 2000, 270; Kempf 2007, 66). Hinzu kommt ein auf der politischen Rechten wie Linken geteiltes Bekenntnis zu gaullistischen Prinzipien (Treacher 2013, 54; Everts/Isernia 2015, 43). Dass sich Politiker jedweder Couleur auf das gaullistische Erbe berufen, hat mit der strategischen Einfachheit, diplomatischen Flexibilität und politischen Ambiguität der Politik de Gaulles zu tun. Denn dadurch eröffnen sich viele Interpretationsmöglichkeiten und auch Raum für unterschiedliche Meinungen (Hassner 1988, 79; Menon 1994, 77). So war unter anderem die Frage, ob die französischen Streitkräfte auch der Verteidigung Verbündeter dienen sollten, zwischen den Parteien durchaus umstritten (Menon 1995a, 283). Die letzte große Auseinandersetzung entlang von Parteilinien aber, nämlich ob Frankreich Atomwaffen überhaupt besitzen sollte, wurde mit dem Bekenntnis der Sozialisten und Kommunisten zur *force de frappe* schon in den 1970er Jahren beigelegt (Treacher 2013, 62). Heute finden

sich in Frankreich keine dezidiert pazifistischen Haltungen im Parteienspektrum, wie sie etwa in Deutschland die Linke vertritt (Larsen 1997, 116).

Ohnehin dürften die häufigen Parteiumbenennungen und –neugründungen in Frankreich einer Übernahme von Gruppennormen abträglich sein (vgl. Inglehart/Klingemann 1976, 271; Converse/Pierce 1986). Eine langfristig strukturierende Wirkung parteipolitischer Interpretationen strategischer Kultur ist unter diesen Voraussetzungen im Vergleich zu Deutschland und Großbritannien daher wenig wahrscheinlich (vgl. Flynn/Rattinger 1985, 379; Converse/Pierce 1986, 291; Menon 1996, 161). Die außenpolitischen Haltungen der Parteien werden im Zweifelsfall sowieso von wahltaktischen Erwägungen bestimmt, nämlich ob jene der regierenden Mehrheit angehören oder der Opposition (Fritsch-Bournazel 1985, 83).³⁰ Allenfalls in Hinblick auf die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik lassen sich vernehmbare Unterschiede feststellen. So wird eine stärkere Zusammenarbeit in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik auf europäischer Ebene von den extremen Parteien an beiden Rändern des politischen Spektrums abgelehnt, auch unter Verweis auf einen dadurch womöglich steigenden Einfluss von NATO und USA (Irondelle 2008, 160; Ray 2011).

Während sich die außenpolitischen Haltungen der französischen Parteien mit dem Ende des Kalten Kriegs nur in geringem Maße an die veränderte internationale Umwelt angepasst haben und dabei auch kaum Unterschiede zwischen linken und rechten Parteien feststellbar waren (Menon 1996), unterzog Labour in Großbritannien ihr außenpolitisches Programm einer gründlichen Neuausrichtung (Wheeler/Dunne 1998; Daddow/Gaskarth 2011). New Labour maß, entgegen der britischen Tradition einer pragmatischen und flexiblen Außenpolitik, ethischen Prinzipien und humanitären Zielsetzungen bei der Durchführung ihrer Außenpolitik großen Wert bei (Gaskarth 2013; Atkins 2013). Die Partei betonte zwar weiterhin die Rolle Großbritanniens als Brücke zwischen den USA und Europa (siehe Gannon 2014), schlug aber deutlich freundlichere Töne gegenüber der EU an, wobei insbesondere auf eine stärkere Integration im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gedrängt wurde (Holden 2011). Gleichzeitig versuchte sie natürlich jeden Verdacht zu zerstreuen, Großbritannien müsste sich nun zwischen einer atlantischen und einer europäischen Ausrichtung entscheiden (White 2013, 42).

Die Konservativen dagegen betonen nach wie vor die besondere Stellung Großbritanniens in Europa, zeigen sich der weltweiten Projektion militärischer Macht zur Wahrung nationaler Interessen durchaus aufgeschlossen, und sind im Vergleich zu New Labour weniger begeistert von multilateralen Ansätzen in der

30 Allerdings beeinflussen französische intellektuelle die Außenpolitik des Landes immer wieder maßgeblich, wie beispielsweise während der Kriege auf dem Balkan (La Balme 2000; Zic 2000) oder der Intervention in Libyen 2011 (Davidson 2013).

internationalen Politik (Wheeler/Dunne 1998, 849). Am deutlichsten zu außenpolitischen Fragen beziehen aber in jüngeren Jahren die Liberal Democrats Position (Reifler et al. 2011, 255). Diese treten für eine multilaterale Außenpolitik ein und lehnen den Einsatz militärischer Mittel in der internationalen Politik ab, soweit er nicht in multilaterale Operationen eingebettet ist. Zudem treten sie für stärkere Bande mit der EU ein, auch um ein Gegengewicht gegenüber den USA zu schaffen, vor allem in Reaktion auf die Kriege im Irak und gegen den Terror (White 2013, 43).

Zusammengefasst zeigen sich moderate Unterschiede bei der Interpretation der nationalen strategischen Kultur innerhalb und größere Unterschiede zwischen den Ländern. Zwar gehören Deutschland, Frankreich und Großbritannien unzweifelhaft der westlichen Wertegemeinschaft an, doch unterscheiden sie sich schon darin, mit welchen Partnern sie bevorzugt zusammenarbeiten wollen. Insbesondere der konservative Teil der britischen Eliten sucht die Nähe zu den Vereinigten Staaten und misstraut europäischen Ambitionen in der Sicherheitspolitik. Frankreich liefert Großbritannien derweil allen Grund zur Besorgnis, will es doch Europa als Gegenpol zu den Vereinigten Staaten aufbauen, um so seine nationalen Zielsetzungen zu verwirklichen. Deutschland wiederum versucht den Spagat zwischen einer engen transatlantischen Partnerschaft und einer sicherheitspolitisch möglichst integrierten EU.

Entgegengesetzter könnten zudem die Auffassungen zur Wahl der Mittel in der internationalen Politik kaum sein. Während für Briten und Franzosen der Einsatz militärischer Gewalt ein selbstverständlicher Bestandteil des außenpolitischen Instrumentenkastens ist, erfordert ein Marschbefehl für Bundeswehrsoldaten in Deutschland einige Überwindung, selbst wenn er die Abwendung einer humanitären Katastrophe zum Ziel hat. Auch die grundsätzlichen Ziele internationalen Handelns sind beileibe nicht deckungsgleich. Frankreich sehnt sich nach wie vor nach dem Glanz einstiger Größe und dem früheren Ansehen in der Welt. Großbritannien versucht den Abstieg in die Mittelmäßigkeit auch durch eine enge Anlehnung an die USA zu verhindern, hat sich aber ansonsten einen recht pragmatischen Blick bewahrt. Und für Deutschland gilt weiterhin die Devise, sich nicht durch Alleingänge und die eigensinnige Verfolgung nationaler Interessen international verdächtig zu machen. Angesichts dieser gewichtigen Unterschiede lässt sich die naive Vermutung, Deutsche, Franzosen und Briten würden in identischer Weise aus ihren außen- und sicherheitspolitischen Grundüberzeugungen Haltungen zu spezifischen Sachfragen ableiten, kaum aufrechterhalten.

2.4 Ein vergleichendes Modell außen- und sicherheitspolitischer Einstellungsbildung

Bei der außen- und sicherheitspolitischen Einstellungsbildung spielen die drei Grundüberzeugungen Militarismus, Multilateralismus und Internationalismus eine äußerst bedeutsame Rolle. Denn diese sind zum einen Ausfluss universeller Wertvorstellungen (vgl. Rathbun 2007; Pötzschke et al. 2012; Kertzer et al. 2014; Rathbun et al. 2016). Zum anderen finden sie sich auch prominent in der strategischen Kultur aller drei hier näher beleuchteten Länder wieder (vgl. Rathbun 2004; Meyer 2005, 2006; Giegerich 2006; Jonas/von Ondarza 2010).³¹ Dabei werden gewichtige Unterschiede in der Interpretation der drei Grundüberzeugungen zwischen, aber auch innerhalb der Länder erkennbar. Die Art und Weise, wie Deutsche, Franzosen und Briten über verschiedene Formen multilateraler Zusammenarbeit und über die in den internationalen Beziehungen zur Verfügung stehenden Mittel nachdenken, sollte sich demnach systematisch unterscheiden.

Im Folgenden soll daher modellhaft dargelegt werden, wie sich der kulturelle Kontext auf die Inhalte außen- und sicherheitspolitischer Grundüberzeugungen und deren Einfluss auf nachgelagerte spezifische Sachfragen auswirkt. Im Mittelpunkt stehen dabei die langfristig wirksamen Fundamente der strategischen Kulturen und ihr Zusammenspiel mit kurzfristigen Entwicklungen und Ereignissen auf der internationalen Ebene sowie deren Deutung durch nationale Eliten. Darauf aufbauend werden Hypothesen zum Verhältnis der drei Grundorientierungen zu Fragen der internationalen Kooperation und zur Wahl der Mittel in den internationalen Beziehungen abgeleitet.

In Anlehnung an Hurwitz und Peffley (1987) wird dabei von einem hierarchischen Einstellungssystem ausgegangen. Aus universellen Wertorientierungen werden außen- und sicherheitspolitische Grundüberzeugungen abgeleitet. Diese wiederum beeinflussen spezifische Einstellungen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Der gesamte Ableitungsprozess ist aber in landesspezifische

31 Diese Übereinstimmung zwischen den Bürgern auf der Mikroebene und den Sichtweisen der Eliten, die sich in den Befunden zur Makroebene widerspiegeln, kann kaum verwundern. Denn auch bei Eliten wurzeln die außen- und sicherheitspolitischen Grundorientierungen in universellen Wertvorstellungen (vgl. Wittkopf/Maggiotto 1983a; Chittick et al. 1990; Rathbun 2007). Auf Grund ihres höheren Wissens und ihrer stärkeren Motivation sind sie auch eher in der Lage als einfache Bürger, die von ihnen vertretenen Werte in bereichsspezifische Grundorientierungen umzusetzen. Allerdings beruhen die in der breiten Masse der Bevölkerung vorzufindenden Grundorientierungen nicht einfach auf einer Übernahme der Überzeugungen nahestehender Eliten. Denn durch die dauerhafte Verwendung der Grundorientierungen im politischen Diskurs versetzen Eliten auch die weniger interessierten Teile der Bevölkerung in die Lage, ihre jeweiligen Wertvorstellungen mit eigenständigen außen- und sicherheitspolitischen Grundorientierungen zu verknüpfen.

Kontexte aus strategischen Kulturen eingebettet. Diese grenzen zum einen den Bereich der als akzeptabel angesehenen Verhaltensweisen ein, zum anderen prägen sie die genauen Bedeutungen der drei Grundüberzeugungen und damit ihre Wirkung auf konkrete Einstellungen.

Die strategischen Kulturen wirken allerdings für gewöhnlich nicht unmittelbar auf die Grundüberzeugungen in den Bevölkerungen. Entscheidend sind vielmehr die Haltungen, die die politischen Eliten einnehmen und kommunizieren.³² Durch die Bereitstellung von Deutungsangeboten erleichtern Eliten nicht nur eine Verknüpfung von Grundorientierungen und Einstellungen.³³ Sie erzielen bisweilen auch voneinander abweichende Interpretationen der einzelnen Grundüberzeugungen in ihren Anhängerschaften. Der Raum möglicher Positionen und Deutungen wird zwar auch für politische Eliten durch die strategische Kultur eines Landes eingeschränkt. Dennoch verbleiben Möglichkeiten, um sich vom politischen Gegner abzugrenzen oder um neuartige Entwicklungen auf eigene Weise vor der Schablone der nationalen strategischen Kultur zu interpretieren.³⁴

Illustrieren lässt sich das dieser Arbeit zu Grunde liegende Modell außen- und sicherheitspolitischer Einstellungsbildung unter Rückgriff auf Campbell et al. (1960) mit dem in Abbildung 4 dargestellten Kausalitätstrichter (siehe auch Page/Bouton 2006, 29; Mader 2017, 41). Kausal am weitesten von spezifischen Einstellungen entfernt befinden sich Persönlichkeitseigenschaften und universelle Werte, die früh in der Sozialisation erworben wurden und eine außerordentlich hohe Stabilität über die Zeit aufweisen. Diese beeinflussen maßgeblich, welchen außen- und sicherheitspolitischen Grundorientierungen man zuneigt (z.B. Schoen 2007; Kertzer et al. 2014; Goren et al. 2016; Rathbun et al. 2016). Grundüberzeugungen wiederum sind als bereichsspezifische, aber nach wie vor abstrakte

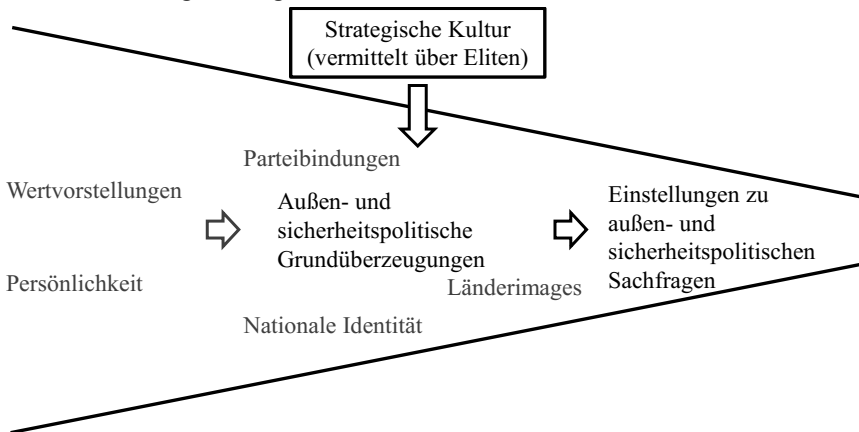
32 Die strategische Kultur wird keinesfalls ausschließlich durch die politischen Eliten vermittelt. Grundzüge der strategischen Kultur eines Landes dürften schon in vergleichsweise jungen Jahren im Elternhaus und in der Schule erlernt werden. Ebenso vertreten Medien eigenständige Haltungen, die die strategische Kultur eines Landes vermitteln. Kurzfristig dürften aber dennoch die Parteien die entscheidenden Akteure bei der Festlegung der genauen Inhalte der drei Grundüberzeugungen sein, wenn sie etwa Abwägungen zwischen konfligierenden Bestandteilen vornehmen.

33 Ob eine Ableitung spezifischer Einstellungen aus übergeordneten bereichsspezifischen Überzeugungen auf der Bevölkerungsebene gelingt, hängt somit auch von den Anreizen ab, denen sich Eliten gegenüber sehen. Sind außen- und sicherheitspolitische Fragen auf Grund weltpolitischer Entwicklungen sehr salient, werden sie sich vernehmlich mit ihren jeweiligen Deutungsangeboten äußern und so Verknüpfungen zwischen Grundhaltungen und konkreten Einstellungen erleichtern. Hält sich die öffentliche Auseinandersetzung mit außenpolitischen Themen in Grenzen, werden erfolgreiche Ableitungen angesichts einer allenfalls überschaubaren Zahl an verfügbaren Hinweisen im politischen Diskurs hingegen erschwert.

34 Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn einzelne Bestandteile der strategischen Kultur unterschiedliche Schlüsse nahelegen, wie die Debatten um eine deutsche Beteiligung am Kosovokrieg zeigen.

Orientierungen in der Mitte des Trichters platziert. Sie beinhalten in Abhängigkeit von der strategischen Kultur des jeweiligen Landes unterschiedliche Verknüpfungen zwischen dem Kern aus abstrakten Prinzipien und dem nach Kontexten teilweise variierenden Ring aus Symbolen, Musterbeispielen und zentralen Lehren. Einstellungen zu spezifischen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik finden sich am Ausgang des Trichters. Wie diese Einstellungen ausfallen, wird dabei entscheidend durch die ihnen vorgelagerten Grundüberzeugungen bestimmt.

Abbildung 4: Ein Modell des Einflusses strategischer Kulturen auf die Einstellungsbildung



Ebenfalls in der Mitte des Trichters und damit als vermittelnde Instanz zwischen allgemeinen Wertvorstellungen und spezifischen Einstellungen sind Parteieinigungen zu verorten.³⁵ Diese stehen mit außen- und sicherheitspolitischen Grundüberzeugungen in einem Verhältnis wechselseitiger Beeinflussung, wobei der Einfluss der Parteineigung überwiegen dürfte. Denn in gewöhnlichen Zeiten werden Bürgerinnen und Bürger ihre Grundorientierungen weitgehend an die Haltungen der ihnen nahestehenden Partei anpassen. In der Regel werden sie nämlich die Normen internalisieren, die für die Gruppe als konstituierend gelten (Turner 1982; Turner et al. 1987; Green et al. 2002). Falls aber doch einmal erhebliche Unterschiede zwischen den eigenen Überzeugungen und den Parteiposi-

³⁵ In Anbetracht des vergleichsweise unbeständigen französischen Parteiensystems, das dauerhafte Parteibindungen erschwert, dürften ideologische Orientierungen in Frankreich eine größere Rolle spielen als in den beiden anderen Ländern.

tionen bestehen, so fallen diese wegen der häufig zu beobachtenden geringen Wichtigkeit außenpolitischer Themen kaum ins Gewicht. In einer außen- und sicherheitspolitisch turbulenten Umgebung aber, wie beispielsweise zu Zeiten des NATO-Doppelbeschlusses oder des Kosovokriegs, kann es durchaus zu Widersprüchen zwischen den eigenen Grundhaltungen und den Positionen der nahestehenden Partei kommen, die nicht mehr so einfach hingenommen werden. In einem solchen Fall werden nicht alle Bürgerinnen und Bürger ihre Überzeugungen denen ihrer Partei anpassen. Stattdessen werden sich Parteibindungen abschwächen oder sich Parteiloyalitäten gänzlich verschieben, um offenkundige Inkonsistenzen im eigenen Überzeugungssystem abzubauen. Insofern werden die außen- und sicherheitspolitischen Überzeugungen eines Individuums keineswegs von seiner Parteineigung determiniert.

Parteibindungen wirken aber nicht nur mittelbar über die je speziellen Interpretationen der drei Grundüberzeugungen auf spezifische Einstellungen. Parteien werben auch aktiv um Unterstützung für ihre Positionen. Diese dürften vor allem unter ihren Anhängern auf hohe Zustimmung stoßen, ohne dass dabei notwendigerweise auf die eigenen Grundorientierungen rekurriert wird. Bei der Einstellungsbildung zu außen- und sicherheitspolitischen Themen finden sich daher sowohl direkte wie auch indirekte Effekte von Parteineigungen.

Einen weiteren Einflussfaktor mittleren Abstraktionsgrads, der potentiell relevant für Haltungen zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen ist, stellen nationale Identitäten dar. Auch Verbundenheitsgefühle mit dem eigenen Land legen nämlich die Übernahme bestimmter Überzeugungen als konkrete Inhalte der nationalen Identität nahe (Abdelal et al. 2006). In Abhängigkeit ihrer Ausprägung – patriotisch oder nationalistisch – werden diese daher der strategischen Kultur des Landes entsprechen oder aber, im Einklang mit chauvinistischen Vorstellungen, eine stärker unilaterale und militaristische Note aufweisen (vgl. Herrmann et al. 2009; Mader/Pötzschke 2014). Ihre Wirkung entfaltet sich demnach zu einem Gutteil über die drei Grundüberzeugungen. Unter Berücksichtigung kulturell eingefärbter bereichsspezifischer Orientierungen hält sich daher die eigenständige Erklärungskraft nationaler Identitäten bei Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik in den meisten Fällen in Grenzen (vgl. Mader/Pötzschke 2014, 64). Nur für einen überschaubaren Themenkreis wie etwa bei Fragen zur sicherheitspolitischen Integration Europas üben nationale Verbundenheiten zusätzlich zu Grundorientierungen einen gewichtigen Einfluss aus (vgl. Schoen 2008; Endres et al. 2015a).

Von geringer Stabilität, aber nicht unerheblicher Bedeutung für die Wirkung außenpolitischer Grundüberzeugungen sind schließlich Länderimages (Herrmann et al. 1999). Für die meisten Fragen zwischenstaatlichen Verhaltens beeinflussen die mit den beteiligten Ländern verknüpften Stereotype erheblich, ob man etwa

die Zusammenarbeit mit bestimmten Ländern sucht oder welche Mittel man in Konflikten einzusetzen bereit ist (Herrmann et al. 1997). In der Regel wird dabei die Sicht auf andere Länder durch bereits vorhandene Grundüberzeugungen geprägt. Multilateralisten werden die klassischen Verbündeten in einem vorteilhaften Licht betrachten, während Militaristen besonders feindselig auf Länder reagieren, die eine Bedrohung darstellen. Bisweilen wandelt sich das Bild eines Landes aber auch binnen kurzer Zeit, etwa infolge krisenhafter Umstände. In einem solchen Fall muss das Verhältnis von Grundorientierungen und Einstellungen zu dem betreffenden Land gegebenenfalls neu überdacht werden, was sich auch auf das Verhältnis zu anderen, damit verknüpften spezifischen Sachfragen auswirken kann.

Der Einfluss der strategischen Kulturen Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens sollte sich in dreierlei Weise bemerkbar machen. Erstens sollten sich die Zustimmungsniveaus zu bestimmten Formen der Ausgestaltung der Außenpolitik unterscheiden. Strategische Kulturen begrenzen nämlich den Raum der als akzeptabel erscheinenden Überzeugungen in unterschiedlichem Maße. Angesichts des antimilitaristischen Grundtenors der deutschen strategischen Kultur sollte die Neigung zum Einsatz militärischer Gewalt in Deutschland wesentlich schwächer ausgeprägt sein als in Frankreich und Großbritannien. Denn dort wird mit größerer Selbstverständlichkeit auf die Streitkräfte zur Erreichung außenpolitischer Ziele zurückgegriffen.

Vergleichbare Unterschiede sind für multilaterale Orientierungen indes nicht zu erwarten. Zwar ist eine entschieden multilaterale Außenpolitik ein Kernbestandteil des deutschen Selbstverständnisses, doch legen auch die strategischen Kulturen Frankreichs und Großbritanniens die Kooperation mit anderen Ländern nahe (obgleich die jeweils bevorzugten Partner andere sein mögen). Auch wenn die französische strategische Kultur aber großen Wert insbesondere auf die Kooperation innerhalb Europas legt, so weist sie zugleich einen starken unilateralen Grundton auf. Stärker als in den anderen beiden Ländern dürften daher auch unilaterale Überzeugungen in Frankreich in der Bevölkerung vertreten sein, was auf eine gewisse Ambivalenz der Franzosen in dieser Frage zurückzuführen ist.

Hinsichtlich der Verbreitung und durchschnittlichen Stärke internationalistischer Überzeugungen lassen sich schließlich keine vergleichbaren Erwartungen formulieren. Die Außenpolitiken Frankreichs und Großbritanniens werden zwar für gewöhnlich als aktivistischer als die deutsche wahrgenommen. Die Bürgerinnen und Bürger werden aber bei der Entwicklung ihrer Grundhaltungen keine Vergleiche mit anderen Ländern anstellen. Ausschlaggebend ist stattdessen, zu welchem Grad sie die von ihrer Regierung verfolgten großen Linien in der Außen- und Sicherheitspolitik teilen. Auf Grund der unterschiedlichen Zielsetzun-

gen entziehen sich internationalistische Orientierungen daher einem direkten Vergleich.

Zweitens sollten nicht nur Unterschiede in den Zustimmungsniveaus der drei Grundüberzeugungen in Abhängigkeit der strategischen Kulturen bestehen, auch das Verhältnis der drei Grundorientierungen untereinander sollte verschieden sein. Insbesondere Frankreich sollte hierbei ein deutlich abweichendes Muster aufweisen. Während in Deutschland und Großbritannien die Verfolgung nationaler Zielsetzungen immer in einen multilateralen Rahmen eingebettet ist, stellt gerade das Streben nach nationaler Größe und Eigenständigkeit einen elementaren Bestandteil der strategischen Kultur Frankreichs dar.³⁶ Folglich dürften in Deutschland und Großbritannien internationalistische Überzeugungen mit multilateralen Grundorientierungen einhergehen. In Frankreich jedoch, wo zugleich multilaterale und unilaterale Positionen prominent in der strategischen Kultur vertreten sind, sollte kein vergleichbarer Zusammenhang zu finden sein.

Was das Verhältnis multilateraler und militaristischer Überzeugungen betrifft, so sollte der Zusammenhang in Deutschland besonders stark ausfallen. Denn anders als in Großbritannien und Frankreich ist in Deutschland der Einsatz der Bundeswehr auf Operationen von Organisationen kollektiver Sicherheit beschränkt. So war für die deutsche Beteiligung an den Militäreinsätzen der jüngeren Vergangenheit der Verweis auf die Bündnisverpflichtungen der Bundesrepublik ein äußerst gewichtiges Argument, welches weitverbreitete Vorbehalte zu überwinden half (neben explizit humanitären Erwägungen). Frankreich und Großbritannien bevorzugen zwar auch eine multilaterale Einbettung von Militäreinsätzen, doch sind beide gewillt, auch auf eigene Faust ihre Streitkräfte in Marsch zu setzen.

Ähnlich, wenngleich etwas weniger prononciert, sollte das Muster beim Verhältnis militaristischer und internationalistischer Überzeugungen ausfallen. In Großbritannien ist der Einsatz militärischer Gewalt zur Wahrung der weitgesteckten Interessen des Königreichs selbstverständlich. Auch in Frankreich wird eine starke und weltweit einsatzfähige Armee als zentrales Element der Wiederherstellung von Rang und Einfluss verstanden. Deutschland allerdings hadert nach wie vor mit der neuen Rolle der Bundeswehr als Interventionsarmee, nachdem lange Jahre deren Horizont nicht über die Bündnisgrenzen der NATO hinausreichte. Für die Zielsetzungen der Bundesrepublik, etwa als verlässlicher und berechenbarer Partner zu gelten, spielt der Einsatz militärischer Gewalt nur insofern eine Rolle, als dass man den Erwartungen der Verbündeten entsprechen will. Daher sollten der Zusammenhang zwischen Internationalismus und Militarismus in Deutschland schwächer ausfallen als in den anderen beiden Ländern.

36 In Großbritannien handelt es sich dabei strenggenommen in den meisten Fällen eher um einen bilateralen als einen echten multilateralen Rahmen.

Drittens sollten sich schließlich die Wirkungen der drei Grundorientierungen systematisch zwischen den Ländern unterscheiden. Denn um den aus universellen Wertvorstellungen gespeisten Kern im Zentrum einer Grundüberzeugung finden sich in jedem Land mitunter sehr verschiedene Symbole, Musterbeispiele und zentrale Lehren. Diese wiederum sind dafür ausschlaggebend, welche Verknüpfungen zwischen Grundüberzeugungen und spezifischen Einstellungen in den einzelnen Ländern erfolgen. Wie stark diese Divergenzen aber ausfallen, dürfte über die Zeit variieren. In außen- und sicherheitspolitisch ruhigen Jahren sollten sich Unterschiede in der Wirkung bereichsspezifischer Überzeugungen auf sehr grundsätzliche Fragen beschränken. In Zeiten aber, in denen außen- und sicherheitspolitische Fragestellungen sehr salient sind und womöglich Gegensätze zwischen den Ländern auch noch explizit kommuniziert werden, dürften die je eigenen, von der strategischen Kultur eines Landes gefärbten Interpretationen der Grundhaltungen sehr offen zu Tage treten.

Die sichtbarsten Folgen der drei strategischen Kulturen sind dabei bei multilateralen Grundüberzeugungen zu erwarten. Ausgehend von den landesspezifischen Interpretationen derartiger Überzeugungen werden multilateral gesinnte Briten zwar die Kooperation in der NATO und mit den USA begrüßen, nicht aber die sicherheitspolitische Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union. Ganz im Gegensatz dazu werden französische Multilateralisten europäische Kooperationsprojekte gutheißen, und zwar insbesondere dann, wenn Frankreich dabei die Führungsnation ist. NATO und transatlantische Zusammenarbeit sollten hingegen auf weniger Wohlwollen unter französischen Multilateralisten stoßen. Im ambivalenten Deutschland dürften sich multilaterale Orientierungen prinzipiell sowohl zugunsten einer Befürwortung transatlantischer Kooperation als auch einer europäischen Zusammenarbeit auswirken. Vor dem Hintergrund der beträchtlichen Eintrübung des Bilds der USA im Zuge des Irakkriegs könnten deutsche Multilateralisten aber in jenen Jahren von ihrer Mittlerposition Abstand genommen und sich eher der französischen Sichtweise zugewandt haben.

Die Umstände des Irakkriegs und der bruske Umgang der Bush-Regierung mit ihren Verbündeten und den Vereinten Nationen führten aber nicht nur zur weitverbreiteten Auffassung, dass es sich zwischen einer transatlantischen und einer europäischen Ausgestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik zu entscheiden gelte. Gerade in Großbritannien wurde zudem die Unvereinbarkeit zweier bedeutender Facetten multilateraler Grundüberzeugungen offenkundig. So stand die Blair-Regierung treu an der Seite ihres engsten Verbündeten, was in Widerspruch zur ethischen Ausrichtung der britischen Außenpolitik geriet, die sie sich noch wenige Jahre zuvor zum Ziel gesetzt hatte. Daher sollten Überzeugungen zur Verbindlichkeit des Völkerrechts und zur der Bedeutung humanitärer Erwä-

gungen in Großbritannien eine größere Rolle spielen als in Deutschland und Frankreich, da diese Orientierungen auf der Insel deutlich schwerer mit grundsätzlichen Vorstellungen zur Zusammenarbeit mit Verbündeten zu vereinbaren waren.³⁷

Die Wirkung multilateraler Überzeugungen sollte sich aber auch entlang von Parteilinien unterscheiden. In Deutschland werden linke Multilateralisten vor allem die Kooperation in EU und UN befürworten. Auf Vorschläge zur Kooperation mit den USA und in der NATO dürften sie dagegen verhalten reagieren. Umgekehrt sollten in Großbritannien konservative Multilateralisten genauso wenig wie konservative Unilateralisten der EU als Forum außen- und sicherheitspolitischer Kooperation etwas Gutes abgewinnen können. Unter Anhängern der bürgerlichen Parteien in der Bundesrepublik sowie Labours und der Liberaldemokraten in Großbritannien sollten indes multilaterale Grundhaltungen zu einer Befürwortung der ganzen Bandbreite an institutionellen Kooperationsformen führen. Zugleich dürften Parteineigungen in allen drei Ländern mit unterschiedlichen Grundüberzeugungsniveaus einhergehen, wobei Linke häufiger Grundorientierungen zu internationaler Kooperation und Solidarität vertreten als Rechte.

Unterschiede in der Wirkung militaristischer Überzeugungen in Abhängigkeit der strategischen Kultur eines Landes sind weniger offensichtlich als dies bei multilateralen Orientierungen der Fall ist. Angesichts der unterschiedlichen, in den strategischen Kulturen der Länder verankerten Erfahrungen mit kriegerischen Auseinandersetzungen könnten (mögliche) militärische Einsätze in Großbritannien eher unter einem instrumentellen Blickwinkel, insbesondere in Deutschland aber stärker unter moralischen Gesichtspunkten beurteilt werden (siehe auch Hines et al. 2015, 703). Zudem dürfte die Verknüpfung des Kerns militaristischer Überzeugungen mit dem Bild der USA in Frankreich eine andere sein als in Deutschland und vor allem in Großbritannien. Während deutsche und britische Militaristen die militärische Stärke der USA als ansprechend empfinden, betrachten französische Militaristen diese eher als Herausforderung für Frankreichs Anspruch nach militärischer Unabhängigkeit.

Schließlich sollten Maßnahmen, die dem Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zuzuordnen sind, in Deutschland in weniger starkem Maße mit militaristischen Grundhaltungen verknüpft sein. Denn Deutsche erwarten in erster Linie eine Übertragung der eigenen, vornehmlich zivilen Außen- und Sicherheitspolitik auf die europäische Ebene. Für dezidiert militärische Angelegenheiten bleiben indes die USA und die NATO weiterhin zuständig. In Frankreich und Großbritannien hingegen wird unter einer Gemeinsamen Sicherheits-

37 Insofern ähneln multilaterale Grundüberzeugungen in Großbritannien stärker denen in den USA, wo Multilateralismus in Form des kooperativen Internationalismus eine stark völkerrechtsbezogene, humanitäre Ausrichtung aufweist.

und Verteidigungspolitik viel eher auch eine solche verstanden. Einhergehend mit einer Steigerung und der Bereitschaft zum Einsatz militärischer Fähigkeiten soll diese entweder als Ersatz oder als Ergänzung des transatlantischen Bündnisses dienen.

Die nach strategischer Kultur unterschiedliche Wirkung internationalistischer Überzeugungen sollte sich zudem zum Teil mit den Unterschieden in der Wirkung multilateraler Grundhaltungen decken. Internationalisten in Frankreich streben nach einer unabhängigen, europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, während britische Internationalisten die transatlantischen Bande hochhalten. Indessen bevorzugen deutsche Internationalisten sowohl eine stärkere europäische Zusammenarbeit als auch weiterhin ein enges transatlantisches Bündnis. Dennoch dürften sich auch Unterschiede ergeben, die über die Art der multilateralen Ausrichtung der Außenpolitik hinausreichen. Deutsche Internationalisten sollten besonders denjenigen Politiken zugetan sein, die die Verlässlichkeit und Berechenbarkeit der Bundesrepublik unterstreichen und die mit zivilen Mitteln Konflikte zu lösen helfen. Französische Internationalisten unterstützen Schritte, die den Status und Einfluss Frankreichs in der Welt mehren, und sei es durch eine aktivistische bis interventionistische Außenpolitik. Damit ähneln sie britischen Internationalisten, die ebenfalls durch eine aktive Außenpolitik die ökonomischen Interessen des Königreichs wahren und den Statusverlust Großbritanniens verlangsamen wollen.

2.5 Zusammenfassung und Implikationen

In den vorangegangenen Abschnitten wurde auf Gestalt und Bedeutung von Grundüberzeugungen im Allgemeinen, auf außen- und sicherheitspolitische Grundorientierungen im Speziellen sowie auf die strategischen Kulturen Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens eingegangen. Um die Struktur und Wirkung außen- und sicherheitspolitischer Grundüberzeugungen in Abhängigkeit kultureller Kontexte untersuchen zu können, wurde aus diesen einzelnen Bestandteilen ein Modell der außen- und sicherheitspolitischen Einstellungsbildung unter Berücksichtigung strategischer Kulturen entwickelt. Demnach greifen Bürgerinnen und Bürger bei der Einstellungsbildung auf bereichsspezifische Grundhaltungen zurück, die dank ihrer Abstraktheit geeignet sind, Einstellungen zu einer Vielzahl von Fragen in einem Politikbereich zu strukturieren.

Welche Grundüberzeugungen ein Individuum vertritt, hängt vor allem, aber nicht ausschließlich, von seinen universellen Wertvorstellungen und Persönlichkeitseigenschaften ab. Zugleich sind Grundorientierungen aber auch fester Bestandteil des politischen Diskurses. Dies erleichtert einerseits die Ausbildung

von Grundüberzeugungen im Einklang mit den eigenen Wertvorstellungen, andererseits prägt es aber auch entscheidend die konkrete Ausgestaltung von Grundhaltungen. Denn insbesondere Bindungen an Parteien legen zum einen die Übernahme bestimmter Gruppennormen, in diesem Fall in Form von Grundorientierungen, nahe. Zum anderen interpretieren Eliten zentrale Aussagen einer Grundüberzeugung. Somit machen sie Grundorientierungen durch die Bereitstellung von und Verknüpfung mit wichtigen Symbolen, Musterbeispielen und zentralen historischen Erfahrungen erst für den eigentlichen Gebrauch durch wenig interessierte Bürgerinnen und Bürger anwendbar. Somit verleihen Grundüberzeugungen Einstellungssystemen Struktur und Kohärenz, indem sie zentrale Positionen in diesen einnehmen und neue Informationen auf ihre Passgenauigkeit mit bestehenden Einstellungen abzugleichen ermöglichen. Bei Bedarf können sie aber auch unmittelbar herangezogen werden, um auf die Schnelle eine Haltung zu einer bestimmten Frage entwickeln zu können.

Als zentrale Grundorientierungen für den Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik wurden Multilateralismus, Militarismus und Internationalismus identifiziert. Die Gegenüberstellung von Befunden aus den USA mit Versuchen, die dortigen Strukturierungen auf andere Kontexte zu übertragen, unterstreicht die Kontextabhängigkeit außen- und sicherheitspolitischer Grundüberzeugungen, und zwar sowohl in zeitlicher als auch in räumlicher Hinsicht. Gleichwohl weisen Grundorientierungen auch durchaus kontextunabhängige Bestandteile auf, nämlich in Form sehr allgemein gehaltener Aussagen. Für multilaterale Grundüberzeugungen erwiesen sich einerseits Haltungen zur Zusammenarbeit mit Verbündeten und Partnern, andererseits Haltungen zu internationaler Solidarität und der Regelgebundenheit internationalen Handelns als konstituierend. Militaristische Überzeugungen beinhalten in ihrem Kern Auffassungen zur moralischen Legitimierbarkeit und zur instrumentellen Bewertung militärischer Gewalt. Internationalistische Orientierungen schließlich umfassen zum einen die Erwünschtheit der Übertragung von Ressourcen von der nationalen auf die internationale Ebene, zum anderen die Neigung eines Individuums, sich die internationalen Zielsetzungen seines Landes zu eigen zu machen.

Als geeignete Annäherung an nationale Kontexte, die die Gestalt der Grundüberzeugungen über den politischen Diskurs beeinflussen, kann die Forschung zu strategischen Kulturen gelten. Grob vereinfacht unterscheiden sich Deutschland, Frankreich und Großbritannien demnach in dreierlei Hinsicht. Deutschland ist erstens wesentlich antimilitaristischer eingestellt als die beiden anderen Länder. Zweitens stehen sich die präferierten Partner multilateraler Kooperation in Frankreich und Großbritannien beinahe diametral gegenüber. Drittens weisen alle drei Länder unterschiedliche Zielsetzungen in der internationalen Politik auf, nämlich Berechenbarkeit und Verlässlichkeit im deutschen Fall, Wiederherstel-

lung von Einfluss und Größe in Frankreich und Erhalt des Status Quo in Großbritannien.

Aufbauend auf diesen Unterschieden in der strategischen Kultur wurde eine Reihe von Erwartungen formuliert, wie sich Stärke, Struktur und Wirkung der drei Grundüberzeugungen zwischen den Ländern unterscheiden sollten. Ob diese Vermutungen zutreffend sind und für einen bislang weitgehend unbeachteten Einfluss kultureller Kontexte auf die außen- und sicherheitspolitische Einstellungsbildung europäischer Bürgerinnen und Bürger sprechen, wird in den Kapiteln 4 bis 6 überprüft. Vorher werden aber in Kapitel 3 noch Datengrundlage, Operationalisierung und Untersuchungsaufbau erläutert.

Öffentliche Meinung und strategische Kulturen
Außenpolitische Überzeugungen in Deutschland,
Frankreich und Großbritannien

Endres, F.

2018, XI, 244 S. 42 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-18930-3